

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Wingerlöse monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.— Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingelstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde: nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zingelstraße 14. Tel. 1789.
Geschäftsteil: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei erstmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarifen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh an der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 186.

Dresden, Dienstag den 13. August 1912.

23. Jahrg.

Zum Unglück auf Zeche Lothringen.

Zur Steigerkreise wird uns über die Ursache der Katastrophe geschrieben:

Das Unglück auf Zeche Lothringen ist in der Hauptsache durch eine Kohlenstaubexplosion verursacht worden. Die Zeche baut in der oberen Teilschichtpartie, in den Flözen, die unter Flöz Katharina liegen. Es ist dies die schlagmetterreiche Gruppe der gesamten Steinlohlenformation des Ruhrgebietes. Die Flöze liegen eng aneinander, sind außerordentlich gasreich und die Kohle fällt sehr leicht. Hier findet man den sogenannten fetten, sammetweichen Kohlenstaub, über den das Wasser beim Verrieseln hinwegläuft, ohne sich mit dem Staube zu verbinden, wenn nicht der nötige Wasserdruck vorhanden ist, um die Kohle aufzuweichen. Denn nur so nimmt sie Feuchtigkeit an. Es ist dieselbe Flözgruppe, in der auf Ostfeld die Wetter schlagen und in der sich fast alle größeren Schlagmetter- und Kohlenstaubexplosionen des Ruhrgebietes abspielen.

Die Flöze liegen, wie gesagt, ziemlich nahe beieinander und die Abbau erfolgt deshalb von einer gemeinsamen Strecke (Richtstrecke genannt) aus, von der man durch blinde Schächte, d. h. senkrechte Vertiefungen, und durch Querschläge, d. h. horizontale, rechtwinklig zum Flöz stehende Strecken, die Verbindung mit den Kohlenablagerungen herstellt. In einem solchen Querschlag haben sich die Schlagmetter an einem Sprengschlag entzündet — genau so wie auf Ostfeld. Der Kohlenstaub ist dadurch aufgewirbelt worden, explodiert, und da genügend Kohlenstaub zur weiteren Ausbreitung vorhanden war, schlug die Flamme in die im Abbau stehenden Flöze hinein und vernichtete alles Lebende.

Das Unglück hat sich auf Zeche Lothringen genau nach der Schablone abgespielt, die an den Bergschulen bei der Beschreibung einer Explosion angewandt wird. Dort wird von den Flözen nur als von anormalen Stellen gesprochen, ganz im Gegensatz zu den Verbundbetrieben, die alle Flöze auf die am wenigsten Gasflöze schichten.

Die Ursache der Explosion ist dieses Mal einwandfrei festgestellt. In dem Querschlag haben Schlagmetter gefunden, und trotzdem gegenwärtiger Bestimmungen der Bergpolizei, geschlossen worden. Alle Wahrscheinlichkeiten nach ist außerdem der Schuß zu stark geladen gewesen. Und dies ist unter der Aufsicht eines Steigers geschehen. Also unter der Obhut dessen, der laut Gesetz dazu ist, die Befolgung der Bergpolizei zu überwachen. Für den Fall scheint dies ein ungeheures Verbrechen zu sein, der Kenner der Verhältnisse wundern sich darüber nicht. Steiger Pömann ist Vater von acht Kindern und hängt an seiner Existenz. Ein Stellenwechsel ist für ihn aber ausgeschlossen. Einmal ist er in dem Alter, in dem die Steiger schon „zu alt“ sind, außerdem ist er ohne Berufsbildung. Er ist von Zeche Lothringen aus dem Arbeiterstande herausgenommen worden. Und „ungeübte“ Beamte können nicht wechseln. Sie sind Steiger von „Recht anhaben“.

Von dem Steiger P. verlangte die Betriebsleitung nur, mit der allergrößten Schnelligkeit die Querschläge und Aufträge — er hatte die Aufsicht in den Schichtbetrieben — fertigzustellen. Und wieviel da geleistet werden kann, ist durch die Erfahrung ganz genau festgestellt. So ist es nicht Seltenes, daß der Steiger jeden Tag, manchmal jedes Drittel, ganz genau rapportieren muß, was getan worden ist. Und dreimal wehe, wenn es dem Vorgesetzten zu wenig erscheint. Nicht nur, daß dem Steiger, der infolge des Vermineralisations an der Höhe der Aufschaltung interessiert ist, die Bedienung flüchtig, sondern sie wird ihm zum Teil noch entzogen. Man schneidet ihn an — und der Umgangston gegen Steiger ist viel rüder als gegen die Arbeiter, da der Beamte sich viel mehr gefallen lassen muß und droht ihm mit Auf-der-Strache-gehen oder bietet ihm Schläge an. Oder man jagt die Steiger wieder in die Grube und läßt sie dort 18 Stunden 18 Stunden arbeiten. Und auf Zeche Lothringen wurden die Beamten auch auf schärfste und rüderste Weise angetrieben. Man stand in dem Querschlag Schlagmetter. Die Ratten (Werkzeuge von 30 bis 60 Zentimeter Durchmesser) waren durch das Schließen durchgehender Gefährdungen und an den Verbindungstellen unbrauchbar. Feuchte Luft kam zu wenig bis an die Arbeitstellen, um die Wetter zu entfernen. Alle Ventilatoren, durch Schwelen von Lappen, Spritzen mit Wasser, oder Wischenlassen der Luftleitungen, die Wetter zu vertreiben, waren mißlungen. Was tun? Die Lützen zu drehen, jetzt noch das einzige Hilfsmittel, es zu beheben eine längere Spanne Zeit Arbeit. Oben am Tage aber gibt's Strafe, wenn nichts geleistet wurde. Wenn Sie es nicht können, so kann es ein anderer (diese Worte sind in einem ähnlichen Falle vom Betriebsführer von Zeche Prosper ins Ruhrbuch geschrieben worden, und das betreffende Blatt hat dem Dandels-Geschrieben vorgelesen), heißt es da. Und bei diesem Gedanken anmüht sich der Steiger zum Schließen. Es ist so manches Mal gut möglich, daß der Steiger zum Schließen. Zum Schein läßt er weggehen, es wird auch wieder gut gehen. Zum Schein läßt er nachmal die Wetter vorjagen, schließt dann den oberer die Arbeiter — es kommen höchstens zwei bis drei Mann in Frage — schnell was irgend etwas auszuführen und revidiert dann mit der Lampe, kommen die Arbeiter zurück, so ruft er: „Jetzt schnell geschlossen, es ist alles reit!“ Der Schein ist gemacht und die Schiffe fallen. Es geht's in der Praxis zu und so wird es auch in dem Querschlag auf Zeche Lothringen der Fall gewesen sein. Der Steiger P. trägt auf Zeche Lothringen der Fall gewesen sein. Der Steiger P. trägt auf Zeche Lothringen der Fall gewesen sein. Der Steiger P. trägt auf Zeche Lothringen der Fall gewesen sein.

Man hat alles andere nur in Ordnung gewesen, so blieb die Explosion auf ihren Fesseln beschränkt und niemand aber nur die Arbeiter im Querschlagbetrieb waren verletzt worden. Aber das war nicht der Fall. Der äußerste explosive Staub der Flöze war in jeder näheren Ferne vorhanden und verbreitete die Flamme. In dieser Richtung liegt die Hauptursache des Unglücks. Wer trägt aber

darin formal die Schuld? Vor den Betrieben die Arbeiter, in den Strecken und Schächten in erster Linie der Steiger, in zweiter Linie die oberen Beamten. Ihnen hätte dieser Zustand auch auffallen müssen. War doch im Augenblick der Explosion der Betriebsführer auch in jenem Förderteil, und hat er seine Stellung nur blindem Glück zu danken. Von den Arbeitern abgesehen, die zum Verrieseln nur durch stetige, gewissenhafte Kontrolle und Aufsicht ertragen werden können, kommen die Steiger wieder zuerst in Frage. Sie sind die Verantwortlichen für alles und jedes. Ihre Tätigkeit ist es auch, die den Sicherheitszustand des Reviers am allermeisten beeinflusst. Der Druck von seiten der Betriebsleitung auf große Förderung bringt es nun mit sich, daß die Steiger ihre ganze Sinnen und Kräfte auf die Kohlengewinnung lenken. Die Verrieselung des Kohlenstaubes hat aber nichts mit Kohlengewinnung zu tun. Die Verrieselung kommt daher zu kurz. Manchmal fehlen Kohre und Schläuche. Entweder ist der Materialverbrauch schon zu groß, und es muß geparkt werden, oder man hat zu spät neue bestellt. In der Erde bleibt aber der Einfluß der Wasserleitung zurück, oder man benutzt je nach Bedarf eine Leitung für Wasser oder Preßluft. Dies wurde auch aus dem Unglücksbericht berichtet. Das Schlimmste ist aber der Mangel an Arbeitern. Die Verrieselung durch die Betriebsführer schreiben ganz genau vor, wieviel Mann der Steiger am Einbau der Kohre und zum Verrieseln verwenden darf. Und dabei wird sehr genau gerechnet. Fehlt nun ein Arbeiter in der Kohlenreinigung oder Förderung, so muß dieser unbedingt ersetzt werden, denn die Kohlenreinigung geht vor. Bei dem chronischen Mangel an unproduktiven Arbeitern wird nun in sehr vielen Fällen das Verrieselungspersonal hierzu verwendet. Der Staub aber bleibt liegen.

Gegenwärtig ist Hochkonjunktur. Die durch den Streit geleerten Lager müssen gefüllt werden. Die Forderungen liefern, soviel sie wollen. Die Nachfrage nach Kohlen, die zur normalen Zeit schon schlimm genug ist, hat Formen angenommen, die den Steigern jegliche Besinnung raubt. Was sind Vorschriften, was ist Arbeitsschutz? „Kohlen, Kohlen“ heißt die Parole. Hierin ist die Ursache dieses Katastrophenfalls auf Zeche Lothringen zu suchen, und auf Zeche Ostfeld war es genau so.

Die Bergbehörde aber schaltet, dieser und jener Paragraph ist überlesen. Wir wärsen unsere Hände in Unschuld. Was geht die Nachfrage nach Kohlen nur insoweit an, als wir Tölpelnden bezühen.

Das böse Gewissen.

Das fürchterliche Unglück auf der Zeche Lothringen bereitet der Scharfmacherpresse große Verlegenheiten. Wie wurde während des Bergarbeiterstreiks gegen die Vergleute, die für ihre schwere Arbeit angemessenen Lohn forderten, gehetzt und wie innig vereinnlicht sich Justiz und Grundbesitzer in der Verfolgung der Vergleute, die gewagt hatten, diese ihre Forderungen zu vertreten. Das böse Gewissen regt sich jetzt ein wenig. Die Offiziellen suchen die Öffentlichkeit deshalb durch diese Notiz zu täuschen:

Bereits heute (Sonntag) unterlag wurde die von Er. Majestät dem Kaiser gesandete Summe unter die Hinterbliebenen der Verunglückten durch jeden Beamten verteilt. Jede Familie erhielt einen Betrag von 100 bis 150 M. Von den Verunglückten sind nun alle bis auf zwei Mann gestorben. Wie von der Anwartschafts-Versicherungsgesellschaft mitzuteilen wird, ist es gelungen, das Entschädigungsverfahren für die Hinterbliebenen der bei dem Wassenschlag auf der Zeche Lothringen verunglückten Vergleute so zu beschleunigen, daß bereits heute — innerhalb drei Tagen nach dem Falle — die Anweisung der Hinterbliebenenente erfolgen konnte. Noch vor der morgigen (Montag) stattfindenden Beerdigung werden die Hinterbliebenen die Mittelung über die Bezüge, die ihnen aus der öffentlich rechtlichen Unfallversicherung zufließen, erhalten. Einsehlich der im Krankenhaus „Vergamannshaus“ Verstorbenen beläuft sich die Zahl der tödlich Verunglückten auf 110. Von diesen waren, soweit bisher festgestellt werden konnte, 74 verheiratet und 36 ledig. Die Verheirateten haben 74 Witwen und 214 Kinder hinterlassen. Die Gesamtsumme der vier nach zu zahlenden Jahresrenten beläuft sich auf 64 081 M., darunter an Witwenrenten 18 989 M., an Kinderrenten 44 851 M. Ein Sterbegeld sind für die 110 Opfer der Katastrophe insgesamt 11 858 M. zu zahlen.

Wie großmütig! Noch vor der Beerdigung werden die armen Witwen, werden die des Vaters beraubten Kinder erfahren, daß auf Grund der von dem Verstorbenen geleisteten Beiträge jede Witwe täglich zirka 70 und jedes Kind täglich 57 Pf. erhält! Als Ersatz für den Vater, den Ehemann, den Ernährer! Und noch vor der Beerdigung bewilligte die Versicherungsbehörde diese Renten! Dazu 100 bis 150 M. vom Kaiser — was will man noch mehr. Wenn die Opfer unter der Erde sind, kann die Gerechtigkeit gegen die Bergarbeiter wieder beginnen, es ist ja alles in schönster Ordnung.

Die Beerdigung der Opfer.

Die Beerdigung der Opfer des Grubenunglücks erfolgte Montag nachmittag auf dem Gemeindefriedhof zu Gerthe. Um 4^{1/2} Uhr legte sich der Zug unter kolossaler Beteiligung von der Zeche aus in Bewegung. Eine große Anzahl von Deputationen mit Kranzgebenden ging voraus, darunter solche vom Bergarbeiterverband, von einzelnen Instituten des Verbandes aus dem ganzen Ruhrgebiet und von den Redaktionen der Parteipresse in Essen und Bochum. Die Menge, die auf dem Wege zum Friedhofe Spalier bildete, war unübersehbar. Zeremonienförmig hatte sie sich an den zu beiden Seiten des Weges gelegenen Schächten aufgestellt. Einem fürchtbar sein-

lichen Eindruck machte es auf die Zuschauer, daß die gemeinlich in der Grube Verunglückten auf dem Friedhofe nach Konfessionen getrennt in zweierlei Reihen aufgestellt wurden. Die katholische, die evangelische, hörte man fortwährend bei der Abhebung der 60 Särge kommandieren. Ein großes Aufgebot von Geistlichen beider Konfessionen war vertreten. Die Angehörigen der Verunglückten wurden zu den Gräbern nur in ganz beschränktem Maße zugelassen. Es war herzerweichend, anzuhören, wie die Witwen und Kinder der Verunglückten die Aufsichtsbeamten bitten, zu der Massengruft zugelassen zu werden, die zum großen Teil bereits durch viele andere Teilnehmer belegt war. Die Einsetzung der Särge dauerte bis 5^{1/2} Uhr. Die Ruhe und Ordnung wurde trotz der großen Menschenmassen nirgends gestört. Aus allen Reihen der Teilnehmer war Mitgefühl und Trauer für die Hinterbliebenen zu sehen.

Eine große Anzahl Menschen hat wieder ihr Leben im Dienst des Kapitalismus lassen müssen. Sie sind dahin; der Kapitalismus aber wütet menschenverderbend weiter, bis ihm der Sozialismus ein Ziel setzen wird.

Folgt die zum Grabe.

Gerthe, 12. August. Bei dem Begräbnis der Opfer der Katastrophe übte die Polizeibehörde eine strenge Zensur an den Kranzschleifern aus. Fast alle von sozialdemokratischen Vereinen gestifteten Kränze, die Inschriften auf roten Schleifen trugen, mußten sich der Zensur unterwerfen. Eine der Schleifen, die zerstört wurden, trug die Aufschrift: „Den Opfern des Kapitalkr.“. In einem Plenum befanden sich die Polizeibeamten, als einer der Kranzträger eine Schelle bot, die die Unterwelt Erich 18. 23 trug: „Wie der Löwe das Wild frisst in der Heide, so frisst die Heide die Armen.“ Dieser Spruch verurteilte, da er ein Bild aus der heiligen Schrift ist. Dagegen hat der barmherzige Zeitschrift: „Ten auf dem Schicksal der Arbeiter überlassen“ der Zensur der Zensur zum Opfer.

Ein weiteres Verbrechen?

Bochum, 12. August. Am Programmabend in im Laufe des Sonntag ein weiteres Opfer der Katastrophe gestorben.

Der Kapitalismus als Revolutionär.

1. Seit einiger Zeit tauchen in scharfmacherischen Blättern, selbst in solchen nationalliberaler Färbung, wie der „Südlichen Zeitung“, Anregungen zu neuen Ausnahmestritten gegen die Sozialdemokratie oder die Gewerkschaftsbewegung auf. Die „revolutionären“ Tendenzen der Arbeiterbewegung haben es diesen Staatsrechtern angefallen. Unabsehbar, wie solche Leute nun einmal sind, glauben sie, dem Emanzipationskampf der Arbeiter Abbruch tun zu können, wenn sie die alten Staatsmittel anwenden, die bereits in verschiedenen kapitalistischen Ländern, nicht zum wenigsten in Deutschland, täglich Schiffbruch gelitten haben. Selbst nach der Schwerkraft diese neue Scharfmacherweise ihre Spilloffer hinüber, seitdem der große Massenstreik in Zürich gezeigt hat, wie tief bereits in der Schweizer Arbeiterbewegung infolge der wirtschaftlichen Entwicklung das sozialistische Klassenbewusstsein eingedrungen ist. Durch alle jene scharfmacherischen Auslassungen eignerzeitiger kapitalistischer Klassenpolitik klingt der Grundgedanke hindurch: könnten wir nur den den paar Prozent des Kapitalwert legen, dann würde die große Masse der Arbeiterbevölkerung wieder in die Bahnen friedlicher Einordnung in die zivilschichtverhältnisse der kapitalistischen Wirtschaftsweise einfinden!

Gelänge es wirklich, irgendwo solche scharfmacherischen in gefeggeberische und politische Taten umzusetzen, so würden deren Urheber bald erleben, daß sie ihrem Ziele keineswegs näher gekommen wären, daß sie nur größere Verberührung nach, als die naturgemäße wirtschaftliche Entwicklung sie sowieso erzeugt, den Herzen der Unterdrückten eingepreßt hätten. Mit elementarer Gewalt würde die Emanzipationsbewegung des Proletariats die neuen Schläge überfluten und hinwegspülen. Denn was ist eine unüberwindliche Kraft verleiht, das ist ja nicht das Werk der Männer und Frauen, die dem Groll und dem Sehnen der emporkletternden Massen Ausdruck verleihen und deshalb den bedrückten Ausgehenden des Kapitalismus als die Ursache erzeugenden Feger erscheinen, — das wirklich revolutionierende Element, das ist die kapitalistische Entwicklung selbst, und jeder, der in ihrem Dienste steht, der mitarbeitet an der Verwirklichung des Produktionsprozesses, ist ein Revolutionär, ein allerdings fast durchweg unbewußter Revolutionär.

An zwei Erscheinungen tritt es besonders klar zutage, wie sie selbst die Vorbedingungen schafft, die die Erzeugung des Kapitalismus durch den Sozialismus, also den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung im Interesse der Menschheit selbst unvermeidlich machen. Die eine dieser kapitalistischen Entwicklungstendenzen drängt auf die Zusammenballung der Einzelbetriebe zu großen Industriebetrieben, Kartellen und Trusts hin, die schließlich in einem einheitlich geleiteten Riesennetz mit einheitlicher Preissetzung einmünden müssen. Die andere Entwicklungstendenz ist die Differenzierung der Arbeit bis zur Einschulung des Arbeiters auf einen einzelnen immerwährend wiederholten Handgriff, wodurch der Arbeiter zu einem bloßen Maschinenbestandteil gemacht wird.

Die Zusammenballung der Einzelbetriebe eines Betriebs-

zweiges zu einem einheitlich geleiteten Unternehmen schaltet zunächst die übergroße Mehrzahl der ursprünglichen Unternehmer als selbsttätige, disponierende Persönlichkeiten aus dem Produktionsprozess völlig aus und macht sie, sofern sie nicht auf irgendeinem andern Gebiete selbsttätig werden, zu bloßen Rentenbelegern. Aber mehr noch: der einheitlich geleitete Industrieverband schaltet auch die Konkurrenz völlig aus, die beständig als großer Vorzug der kapitalistischen Betriebsweise, als Hebel jedes geschäftlichen und technischen Fortschritts von den Vorkämpfern des Kapitalismus angepriesen wird. Die Verbesserung der maschinellen Einrichtungen in einem solchen Riesenbetriebe, die jetzt durch einen Konkurrenzten den anderen aufgezwungen werden kann, kommt ins Stocken. So mündet die Entwicklung des kapitalistischen Betriebs zu seinen äußersten Konsequenzen geradezu in eine Periode der relativen Stagnation aus, die eine vollständige sein würde, wenn nicht andere Faktoren ihrerseits noch wieder auf Verwirklichung der Betriebsweise hindrängten. Aber das Entscheidende für die Wertung des Kapitalismus ist, daß er in seinen höchstentwickelten Formen jedenfalls den ihm eigenartigen Fortschrittsfaktor der Konkurrenz selbst ausmerzt. Mit der Vertiefung der Industrie fällt daher auch der letzte Grund fort, der von den Verteidigern des Kapitalismus jetzt noch zu dessen Gunsten geltend gemacht werden kann.

Wird aber erst der Sozialismus an Stelle des Kapitalismus treten, gehen alle Betriebe, große und kleine, in den Besitz der Gesamtheit über, dann wird das gesteigerte Individualinteresse aller Betriebsmitglieder, die gleichzeitig als Gesellschaftsmitglieder auch Mitglieder des Betriebsergebnisses sind, den Einfluß der Konkurrenz als Fortschrittsfaktor in erhöhtem Maße ersetzen. Also schon die Vertiefung der Industrie bereitet revolutionierend den Sozialismus vor.

Eine zweite in gleicher Richtung wirkende Tendenz des Kapitalismus ist der Drang nach immer weiter getriebener Arbeitsteilung. In allen Riesenbetrieben der verschiedensten Art, in allen Ländern, besonders aber in den Vereinigten Staaten, ist die Arbeitsteilung bereits soweit vorgeschritten, daß die Tätigkeit der meisten Arbeiter bis auf eine einzige Handreichung reduziert ist. Für den Unternehmer, richtiger gesagt, für den dirigierenden Aktionär, hat das den großen Vorteil, daß ihm die Arbeit billiger zu stehen kommt, daß der Mehrwert also wächst. Denn ein Mensch, der immerfort einen einzelnen Griff vollführt, wird schließlich diesen Griff mit einem Abschmack von Geschicklichkeit, d. h. mit einem Mindestmaß von Kraftaufwand innerhalb eines Mindestmaßes von Zeit durchführen. Er wird also in einem gewissen Zeitraum das Höchstmaß von Leistungen vollbringen. Steigert sich so auch sein eigenes Einkommen, so steigert sich doch noch in weit höherem Maße der Unternehmer- oder Aktionärprofit.

So weit läßt sich dieser Entwicklungsengang noch in Einklang bringen mit dem Fortschrittsinteresse der Menschheit überhaupt. Aber die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Einzelnen für einzelne Handgriffe hat ihre böse Seite. Ein Mensch, der Stunde für Stunde, Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr nur einen einzelnen Handgriff, und zwar unter steter gespannter Aufmerksamkeit zu verrichten hat, muß notwendigerweise schließlich verblöden. Er hört allmählich auf, ein denkender Mensch zu sein und wird zu einem Maschinenbestandteil. Daraus ändert es wenig, daß er in seiner Erholungszeit sich auch geistig beschäftigen kann. Die Gesamtwirkung der ewigen Wiederholung ein und der nämlichen Handreichung kann nicht durch eine Ablenkung in einigen kurzen Ruhepausen ein hinlängliches Wechselspiel in der Beschäftigungsart erforderlich, beides Arbeitsbedingungen, die der kapitalistische Betrieb nicht gewähren wird.

Es braucht aber hier nicht wieder darauf hingewiesen zu werden, daß auch in diesem Falle das Kapitalinteresse mit dem Menschheitsinteresse in einen unauflösbaren Widerspruch gerät, der schließlich zur Erzeugung des Sozialismus durch den Sozialismus drängt.

Also unsere geschichtlichen Widersprüche können auch hieraus die Lehre gewinnen, daß es die Verhältnisse sind, die revolutionierend wirken, daß der Kapitalismus selbst durch seine eigenen Entwicklungsstadien über sich selbst hinausgetrieben wird, so daß er schließlich mit Naturnotwendigkeit in den Sozialismus ausmündet. Wir Sozialisten erläutern nur diesen Prozeß und suchen ihn durch bewußtes und planmäßiges Eingreifen zu einem schleunigen und gezielten Ende zu bringen.

Die schwarze Parade.

o. H a c h e n, 11. August.

Die alte Kaiserstadt Aachen schwimmt in Weiß. Gelbweiß ist die päpstliche Flagge und Gelbweiß ist die Farbe der Geistlichen Gewandstücke, nein: die Flagge der Stadt Aachen. Die und da sieht man in dem Schmutz der Straßen und Plätze auch die Flaggen des Reiches und Preußens, aber es sind meist Geschäftseute, die auf diese Weise dem Katholizismus, mehr der Rot geordnet als dem eigenen Reich, ihren Tribut zahlen. Der echte Aachener Katholik macht diese Woche in Weiß. Das war von jeder der stille Triumph der Katholiken, daß das päpstliche Gelbweiß das preussische Schwarzweiß über das reichsdeutsche Schwarzweiß überwog, und früher, als man Preußen und dem Reich noch nicht so hold war, hat man mit einer gewissen Schadenfreude es auch bekannt. Im Jahre 1877 rühmte der Aachener Zeitungsbefehlshaber Bingen von seiner Vaterstadt, daß sie sich bei dem damaligen Katholikentage bedeckt habe „mit den Farben des heiligen Vaters und der seligen Jungfrau; es flatterten viele weißblaue und gelbweiße Fahnen, es auch viele Schwarzweiße, das begreife ich!“

Die Tagesordnung der Katholikentage schließt infolge der vielen Nebenveranstaltungen immer mehr an. Am nicht unter der Halle des Stoffes zu ersticken, hat man diesmal die Formalien, die sonst die erste geschlossene Versammlung am Montag ausfüllen, heute vormittag in einer kurzen Sitzung erledigt. Nach der Begrüßung des Kardinals von Mecheln (Belgien) und der übrigen bischöflichen Anwesen durch den Vorsitzenden des Lokalkomitees wurde das Präsidium: Justizrat Schmitt (Mainz), Graf Edwin Dendel von Donnersmarck und Kaufmann Weber (Effen), das Ehrenpräsidium: Oberlandesgerichtspräsident Spahn, Fabrikbesitzer Brandts (Wandlshausen) und Reichstagsabgeordneter Engelen (Widderhorst), weiter die Schriftführer und die Vorstehenden der Ausschüsse „gewählt“ — d. h. der Vorsitzende nannte die Namen, die Versammlung leitete, die Schriftführer und die Vorstehenden der Ausschüsse, das jedenfalls den Vorzug der Schnelligkeit hat. An Papst und Kaiser wurde telegraphisch und auf sie, als die Träger der geistlichen und weltlichen Autorität, ein Hoch ausgedrückt.

Der Sonntag, der die schwarze Woche einleitet, gehört der Kaffe. Die Jünglinge, Gelehrten, Arbeiter und Beamtenvereine der näheren und weiteren Umgebung werden aufgerufen und zu einem Festzug gruppiert, dessen Umfang von der Zeitungspreise seit allerher um das Doppelte überschätzt wird. Derselbe waren es nach genauer Zählung 25 000 Teilnehmer. Der Herrgott, dessen Schatzpräsident Schmitt am Morgen auf den Katholikentag herab-

gestiegt hatte, zeigte sich wenig geneigt, diesem Aufzug zu folgen. Ein dauerhafter Platzregen empfing den Festzug, eine kurze Weile Sonnenschein, dann wieder Regen und schließlich ging mit unflottem Bahnen der Zug auseinander. Die Teilnehmer suchten die Lokale auf, wo für sie Versammlungen angeordnet waren. Hier wurden sie befehrt, mit viel Rabe und Sorge Mutter Straße ihre Kinder, insbesondere die Arbeiter, umfängt, wie groß und wie zahlreich die Gefahren dieser Welt, wie schlimm namentlich der Unglaube und der Unmuth wüthet, und wie vor allem nur die Unterordnung unter Papst und Bischöfe retten kann.

Wenn die Arbeiter, die hier mit wehenden Bannern und unter klingendem Spiel ihren geistlichen Führern folgten, etwas von der Geschichte ihrer eigenen Klasse wüßten, dann hätte aus dem Guldigungszug eine Protestdemonstration werden müssen, namentlich in Aachen, wo wie nirgend anderswo der Materialismus, das christliche Unternehmertum im Grunde mit weltlicher und weltlicher Behörde sich an dem leiblichen, geistigen und sittlichen Wohl der arbeitenden Bevölkerung verhängt hat. In Aachen hat sich gezeigt, daß diejenigen, die dem Arbeiter den Himmel des Himmels in Aussicht stellen, kein Bedenken tragen, ihm die Hölle auf Erden zu bereiten.

Deutsches Reich.

Arm in Arm mit die . . . !

Von einer Vermählung zwischen Herrn v. Bethmann und dem Freiherrn v. Hertling war längst in einigen Blättern die Rede. Wegen die an sich unwahrscheinliche Annahme, daß es zwischen zwei so harmonisch zusammensitzenden Naturen ernste Mißverständnisse geben könnte, wendet sich nun ein via München ausgesandter unterrichteter Zeitungsman in der „Sonnabend-Volkzeitung“:

Bei der letzten Anwesenheit Hertlings in Berlin wurde dieser nicht nur vom Reichstangler in herzlichster Weise empfangen, sondern beim Diner in geradezu auffallender Weise ausgezeichnet. Von einer Vermählung unter den Ministern ist gar keine Rede. Als Freiherr v. Hertling sich beim Diner verabschiedete, da meinte er humorvoll zum Reichstangler: „Also, diese Vermählung“ ist zugetragen“, worauf der Reichstangler lachend zu den anderen geladenen Herren sagte, er wüßte nur, daß stets ein solches herzliches Verhältnis zwischen dem Reichstangler und den einzelnen Ministern bestehen möchte, wie zwischen ihm und Herrn v. Hertling. So war es in den Junitagen dieses Jahres, und so ist heute noch.

Die liberalen Schwärmer, die in Herrn v. Bethmann einen Verfechter der Reichseinheit witterten, haben eben ganz dergleichen, daß dieser Herr im Hauptamt preussischer Ministerpräsident ist. Die Sendung des Herrn v. Hertling besteht aber gerade darin, preussische Methoden nach Bayern zu importieren. Und warum sollte Bethmann Hertling böse sein? Wo wird er denn!

Bredere.

Der kontervolts-antimilitarische Aßner steht vor einem peinlichen Fall. Eben erst hat er in seiner Presse den Selbstmord des jüdischen Rechtsanwalts Justizrat Michaelis als neuen Beweis für den Niedergang der verjudeten Berliner Gesellschaft verurteilt — da wird unter ganz ähnlichen Verhältnissen das Verschwinden eines zweiten Berliner Anwalts gemeldet, der kein Jude, sondern eine der Hauptstützen der national-antimilitarischen Bewegung in Groß-Berlin war. Herr Bredere, der sich unter Hinterlassung einer gewaltigen Schuldenlast, ein Opfer seiner Spiel- und Wettleidenschaft, aus dem Stamme gemacht hat, galt in dem kleinen Aßner, das inmitten des roten Berlin noch die nationale Fahne hochhält, als der Posten einer. Die kontervolts-Partei hatte ihn das Ehrenamt eines Reichstagskandidaten für Oberbarnim übertragen, und nicht viel hat gefehlt, so hätte er vielleicht als Vertreter des bis dahin konservativen gemeinen, jetzt fortwährend gewordenen Aßner Oberbarnim seinen Platz im Reichstag neben seinem Klienten, Herrn Bruhn, einnehmen können. Der Antimilitarismus wird von einem eigenartigen Mißgeschick verfolgt.

Eine geführte Ordnungskolonie mehr — das will angedeutet der Ausgang der Ereignisse auf diesem Gebiete wenig belagen. Der Fall Bredere ist aber darüber hinaus ebenso wie der Fall Michaelis sozialpsychologisch interessant. Er enthält binnen kurzer Zeit zum zweitenmal die Tragik jener Elemente, die mit einem für proletarische Begriffe enormen Einkommen nicht hausguthalten verziehen und die sich in der ewigen Jagd nach neuen Tausendmarktscheinen in eine unwürdige Situation nach der andern verwickeln, bis schließlich der unvermeidliche Zusammenbruch erfolgt. Diese Abenteuerer und Geldjäger, von denen Berlin und die andern deutschen Großstädte wimmeln, gehören zu den unerfreulichsten Abfallprodukten der bürgerlichen Gesellschaft, und aus ihren geheime Räden läßt sich ein gut Teil der schweren Korruptionserscheinungen erklären, an denen unsere Zeit leidet. Gefährlicher als der „reelle“ Kapitalist mit gesicherter Einkunftsquelle ist der tatmalkapitalistische Habentist mit den Allüren des Kapitalisten, der vor nichts mehr zurückrecht, um seine phantastischen Bedürfnisse und seine drängenden Guldjäger zu befriedigen. Denn er ist in seinen Forderungen, auch in seinem öffentlichen Verhalten ewig unzufrieden und der laute Brüller der Ueberzeugung, die ihm oft genug nur dazu, seine kladenhafte klägliche Abhängigkeit vor den Augen der Welt zu verbergen.

Solche Leute gibt es in allen Ständen, die die Lebensgepflogenheiten der Großbourgeoisie angenommen haben, ohne die dazu nötigen Darmmittel mitzubringen, besonders häufig sind sie im Anwaltsstande. Die Anwaltskammern aber, die zur Erhaltung und Hebung der Standesehre eingesetzt sind, sind gegen diese Erscheinungen machtlos. Ueber ein Standesmitglied, das sich in der Verteidigung der Rechte der Unterdrückten allzu temperamentvoller Ausdruck bedient, kann man eine Ordnungsstrafe verhängen. Die lauten Elemente treiben ihr Handwerk ungehindert, bis sich auch an jedem von ihnen einzeln das Sprichwort erfüllt: Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht!

Die Folgen der preussischen Ansettelungspolitik.

Immer blamabler werden die Zustände in den Ansettelungsgebieten in den Ostmarken. Das fortgesetzte Steigen der Grundstückspreise und der enorme Handel mit Gütern, der seit einigen Jahren zum Entsetzen aller „bodenständigen“ Elemente eingesetzt hat, treibt auch die Ansettelier in den Ostmarken dazu, an dieser Jagd nach Gewinnen teilzunehmen. Darüber jammern nun die katartischen Organe des Ostens; so schreibt die Königsberger Allgemeine Zeitung:

Die durch wilde Spekulation hervorgerufene Steigerung der Güterpreise, die, wie die offenkundige Landgesellschaft in ihrem letzten Jahresbericht hervorhebt, zu bevorstehenden Zuständen geführt hat, bereitet auch die Ansettelier in den Ostmarken zum Teil, ihre Stellen zu verkaufen, um am

landwirtschaftlichen Grundstücksbesitz vorteilhaft zu veräußern. Da das aber nicht der Zweck der vom Staat mit Hunderten von Millionen unternommenen Ansettelungspolitik sein kann, so hat die Ansettelungskommission verschiedene Vorkehrungen getroffen, um dem Geschäftsführer verbindlicher Kolonisten entgegenzuwirken. Sie entzieht Ansettelern, die ihre Stellen um Gewinn willen veräußern, den Vorteil des ihnen beim Zuzug gewährten Freijahrs und jeder von ihnen die Rechte für dieses Freijahr ein. Außerdem aber prüft sie die neuen Käufer auf ihre deutsche Zuerlässigkeit, und wenn sich herausstellt, daß diese Leute schon Grundstücke besitzen, aber nicht deren Erhaltung in deutscher Hand gesichert, oder ihren Landbesitz gar an Polen verkauft haben, dann verweigert sie glatt die Verkaufsgenehmigung. Das ist mit Genehmigung anzuerkennen. Denn es sollte gar noch, daß auf dem Landbesitz, der mit großen Opfern des Staates in den gefährdeten Gegenden für das Deutschthum erworben wird, unzuverlässige Leute gesetzt werden. Treue deutsche Landbesitzer brauchen wir in den Ostmarken und auf den Ansettelstellen. Das Deutschthum soll geschützt, nicht aber wilde Grundstückspekulation im Ansettelungsgebiet betrieben werden. Vielleicht ergibt sich in naher Zeit die Notwendigkeit, den Ansettelern überhaupt das Weiterverkaufsrecht zu beschneiden und nur noch solche Deutsche anzusetzen, die sich verpflichten, auch wirklich auf der Scholle zu bleiben.

Nimmt man in dieser Weise den Ansettelern die Freizügigkeit, so dürfte auch das Ende der vielgerühmten Ansettelungspolitik gekommen sein. Die jetzigen Zustände beweisen schon, wie groß ihr Risiko ist. Und diese verheerliche Politik haben die Steuerzahler mit Hunderten Millionen Mark bezahlen müssen.

Die internationale Regelung des Auslieferungsvorfahrens

hat nach einer Mitteilung der Täglichen Rundschau die belgische Regierung bei der deutschen Reichsregierung angeregt.

Als jetzt ist das Auslieferungsvorfahren nicht einheitlich geregelt. Gegenwärtig haben fast alle deutsche Reich wie die meisten größeren Bundesstaaten Auslieferungsvorfahren mit fremden Staaten abgeschlossen. Reichsverträge bestehen zurzeit mit Italien, Großbritannien — ein Vertrag, der im vorigen Jahre auf die britischen Protektorate ausgedehnt wurde —, Belgien, der Schweiz, Dänemark — ein Abkommen, das in diesem Frühjahr durch einen Zusatzvertrag erweitert wurde —, Spanien, Schweden, Norwegen, Ungarn, Serbien, Korea, Kongo, Kolumbien, Japan, Holland, Griechenland und Bulgarien. Den Abschluß eines Vertrags mit dem Vereinigten Staaten hat die Reichsregierung vor einiger Zeit angeregt. Daneben haben alle größeren Bundesstaaten eine Reihe von Auslieferungsvorfahren mit fremden Staaten abgeschlossen, die zum Teil nicht einmal der Zustimmung des Parlaments bedürften. Im Reichsgebiet ist wiederholt der Versuch gemacht worden, eine reichsweite Regelung herbeizuführen. Zur Vorlage eines Gesetzesentwurfes ist es jedoch bisher nicht gekommen. Die Schwierigkeiten, die einem solchen Gesetz entgegenstehen, liegen vor allem in der großen Zahl von Verträgen der Einzelstaaten mit fremden Staaten, die naturgemäß durch ein Reichsgesetz alle außer Geltung gesetzt werden.

Von der Praktion Drehscheibe. Ueber ein Zusammengehen der Liberalen bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein haben sich die Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei Verhandlungen angeknüpft. Die Nationalliberalen ihrerseits haben darüber auch mit den Konservativen verhandelt. Nach einer Meldung der Hoffischen Zeitung aus Flensburg lehnte am Sonntag der Provinzialausschuß der nationalliberalen Partei der Provinz Schleswig-Holstein die von den Freilisten und den Konservativen gemachten Einigungsvorschläge für ein Zusammengehen bei der Landtagswahl ab. Die endgültige Entscheidung bleibt dem Parteitag vorbehalten, der im Oktober in Segeberg stattfindet.

Keine politische Kathedra. Von den zuständigen preussischen Ministerien sind an Stelle der bisherigen Bestimmungen Grundzüge für die Regelung des Verkehrs mit Rüd als Nahrungsmittel für Menschen aufgestellt worden. Diese Grundzüge sollen hinsichtlich der zu erlassenden Polizeiverordnungen zur Unterlage dienen. — Der Fortschrittliche Parteitag für Sommer fand am Sonntag in Weiskirchen statt. Abg. Göttsche, der den geschäftsführenden Vorsitz der Gesamtpartei beiratet, wies dem bevorstehenden Parteitag der Gesamtpartei in Mannheim am nächsten ein besonderes Bewußtsein zu, weil dieser Kongreß eine Revision des Parteiprogramms bringen werde. Im übrigen wurde von dommerischen Delegierten die Zusammenarbeiten mit den Nationalliberalen gefordert. — Der hessische Minister, der in Rambouillet unter dem Vorsitz des Präsidenten Paulsen tagte, hat das Abkommen ratifiziert, das zwischen General Wauters und Kaiser Franz Joseph am 1. August in Wien über die Abwendung des Sultanats besteht. Dieser entlastet dem Kaiser nach der seiner Krone nach Frankreich. — Aus Tanager wird berichtet, daß ein neuer spanischer Aufstand in Kaffan. Zwei Abteilungen spanischer Marineinfanterie unter dem Befehl des Kommandanten Pablo sind nach Afrika abgegangen, um dort die Ruhe wiederherzustellen.

Ausland.

Türkei.

Bereitungen.

Konstantinopel, 12. August. In Anwesenheit des Sultans und der Minister haben 400 Soldaten der Kriegsschule von Vassalli gestern dem Sultan vor ihrer Entlassung und Ernennung zu Offizieren den Treueid geleistet. In ihm ist eine neue Bestimmung enthalten, wonach die Offiziere sich von jeder Partei und jedem politischen Parteileben fernhalten müssen.

Die Vorbereitungen der Albanier.

Konstantinopel, 12. August. Nach dem Bericht Ibrahim Paschas umfassen die Vorbereitungen der Albanier in der Hauptstadt folgende Punkte: Abstellung des Militärkontingents in der europäischen Türkei und Rumelien, Unterricht im Albanischen mit nationalem Akzent, Anstellung von Beamten, die des Albanischen mächtig sind, Erlassung von Spezialgesetzen, die des sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Gebirgsbewohner angeht. Der Verzug des für die Invasion in Tripolis bestimmten albanischen Kontingents in den Anstalten zu Stande, da die Albanier die Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei wünschen. Rückgabe der beschlagnahmten Waffen. Uebernahme der Ausführung aller dieser Maßnahmen durch eine Kontrollkommission.

Auf Vorschlag des Kriegsministers hat der Sultan verfügt, daß alle Offiziere auf eine neue Formel vereidigt werden, wodurch sie sich verpflichten, keiner öffentlichen oder geheimen politischen Partei anzugehören zu wollen. In einem Rundschreiben an die Kommandanten der Truppenministerie ist getrocknete Maßnahmen, die sofort ausgeführt werden; Offiziere, die sich widersetzen, werden bestraft.

Bulgarien.

Antimilitarische Stimmung.

Sofia, 12. August. Die Erregung wächst. Ein aus allen Parteien zusammengesetzter Ausschuss, in dem mehrere ehemalige Offiziere und Minister vertreten sind, fordert zu StraßenDemonstrationen und Versammlungen auf gegen das Gemetzel der Katschana (Kasobanien) und die Antimilitarität der Regierung. Eine solche Demonstration findet hier morgen statt. Die Mitglieder rufen nach Krieg und roten, das auf den 15. August folgende

Regierungsj
Grafes der
Sofia, 12.
jäh an
antimilitarisch, in
und der O
Kontrollun
Sofia, 12.
Lützen b
lungen find
geplant.

Rom,
der italieni
Beförderun

Wien
Artikel in d
halter v. C
Mündel. I
Gorbath
Kefaretsch
und Seran
berurteilt.

Ju
ungarische
Agrar gel

Proakti
Zugewand
progr. mit
nendigkeit
mollte. 53
gehalten, w
nichts nach
größere Ze
als die S
Brosch gef
Brosch gef
das Klenia
schen Staat
als der Be
transmittir
Proakti

Antimilitar
Einwohner,
Kroatien un
schieden st
Unpar durch
schaft verbe
Antimilitar
Hintergrün
Finanzen, u
berdem, K
von dem fr
auf Verch
Auf d
u sein, ab
indere sch
Kraften te
Komm; an
Angehören
für diese B
Angehörig
geworden.

Im J
te was mit
ein Zugand
gebracht
Lebensgef
Abgabe et
durch Korr
Drud der
in Kroatien
bedeutend
Serben ein
So stellen
Lut aber
präsidenten
einer Eine
bahnbezug
dieser Reg
schen Reg
berfamllun
gangspolit
groß die
männer in
Vollberf
berannt
Demokra
sammens
eindringen
so daß die
strelts folg

Ins
mäßig sp
berichtet,
die Wahl
Wahlen, d
breitunge
diesem Za
Derr d. C
Kommissi
dieselben
doh er al
amhof: I
legen. W
von der C
berpflicht
Vorzugs
gestaltet!

So
Volksitz
besch: g
durch g
sozialist
Organisat
blasi aus
legenheit.
In Kroat
Defterreid

Regierungsjubiläum des Königs Ferdinand angefaßt des offenen Landes der Nation nicht zu feiern.

Sofia, 12. August. Das Organisationskomitee für Nationalität hat einen Aufruf an die Bevölkerung Bulgariens veröffentlicht, in dem zu einem Zusammenschluß der Regierungspartei und der Oppositionspartei zur Veranlassung von Protestversammlungen in ganz Bulgarien aufgefordert wird.

Italien.

Eine Komödie.

Rom, 12. August. Aus Anlaß der kühnen Erkundungsfahrt der italienischen Torpedoboote in die Dardanellen hat der König die beteiligten Offiziere und Mannschaften durch Ordenverleihungen, Beförderungen und Gekelchen ausgezeichnet.

Kroatische Zustände.

Wien, 12. August. Gestern wurde in Agram das Urteil in dem Prozeß wegen des Anschlages auf den Statthalter v. Kubaj und Lösung des Banalrats Perovitch verkündet. Der Hauptangeklagte Jusitich wurde zum Tode, Perovitch zu sechs Jahren, die Mitangeklagten Cvijilich, Gofaritch, Pubilich, Reidharb und Perbalin zu fünf Jahren und Saranitch zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Zu dem Prozeß und dem Urteile, das sich gegen die ungarische Gewalttätigkeit in Kroatien richtete, wird uns aus Agram geschrieben:

Kroatien ist ein Land, in dem die politischen Prozesse an der Tagesordnung sind. Unvergessen ist der famose serbische Hochverratsprozeß, mit dem der verstorbene Minister Graf Aehrenthal die Notwendigkeit der Annexion Bosniens und der Herzegovina beweisen wollte.

Kroatien ist ein Königreich, das zur ungarischen Hälfte der österreichisch-ungarischen Monarchie gehört. Es hat 2,5 Millionen Einwohner, von denen 700.000 Serben und der Rest Kroaten sind.

Kroatien ist ein Königreich, das zur ungarischen Hälfte der österreichisch-ungarischen Monarchie gehört. Es hat 2,5 Millionen Einwohner, von denen 700.000 Serben und der Rest Kroaten sind.

Im Jahre 1903 brach diese Forderung so gewaltsam durch, daß sie mit Wundamerie, Willkür und Ständerecht - denen ein Duzend Menschenleben zum Opfer gefallen sind - zum Schwerteinsetzen gezwungen wurde.

Im Jahre 1903 brach diese Forderung so gewaltsam durch, daß sie mit Wundamerie, Willkür und Ständerecht - denen ein Duzend Menschenleben zum Opfer gefallen sind - zum Schwerteinsetzen gezwungen wurde.

Im Jahre 1903 brach diese Forderung so gewaltsam durch, daß sie mit Wundamerie, Willkür und Ständerecht - denen ein Duzend Menschenleben zum Opfer gefallen sind - zum Schwerteinsetzen gezwungen wurde.

Im Jahre 1903 brach diese Forderung so gewaltsam durch, daß sie mit Wundamerie, Willkür und Ständerecht - denen ein Duzend Menschenleben zum Opfer gefallen sind - zum Schwerteinsetzen gezwungen wurde.

Im Jahre 1903 brach diese Forderung so gewaltsam durch, daß sie mit Wundamerie, Willkür und Ständerecht - denen ein Duzend Menschenleben zum Opfer gefallen sind - zum Schwerteinsetzen gezwungen wurde.

Im Jahre 1903 brach diese Forderung so gewaltsam durch, daß sie mit Wundamerie, Willkür und Ständerecht - denen ein Duzend Menschenleben zum Opfer gefallen sind - zum Schwerteinsetzen gezwungen wurde.

Wiso: der Landtag wurde aufgelöst, Volksversammlungen waren verboten, Zeitungen hatten unter polizeilichem Druck zu leiden, das Volk war vollkommen mundtot gemacht.

Wien, 12. August. Zu dem Urteil im Prozeß Jusitich wird aus Agram noch berichtet: Die vier Freigesprochenen wurden nachmittags aus der Haft entlassen.

Wien, 12. August. Zu dem Urteil im Prozeß Jusitich wird aus Agram noch berichtet: Die vier Freigesprochenen wurden nachmittags aus der Haft entlassen.

Neues aus aller Welt.

Tatarische Lieber.

Es ist längst bekannt, daß die schmutzigen, tatarischen Vergewaltiger in der Arme von einem großen Teil der weiblichen Souveränität verdrängt werden.

Es ist längst bekannt, daß die schmutzigen, tatarischen Vergewaltiger in der Arme von einem großen Teil der weiblichen Souveränität verdrängt werden.

Es ist längst bekannt, daß die schmutzigen, tatarischen Vergewaltiger in der Arme von einem großen Teil der weiblichen Souveränität verdrängt werden.

Es ist längst bekannt, daß die schmutzigen, tatarischen Vergewaltiger in der Arme von einem großen Teil der weiblichen Souveränität verdrängt werden.

Es ist längst bekannt, daß die schmutzigen, tatarischen Vergewaltiger in der Arme von einem großen Teil der weiblichen Souveränität verdrängt werden.

Es ist längst bekannt, daß die schmutzigen, tatarischen Vergewaltiger in der Arme von einem großen Teil der weiblichen Souveränität verdrängt werden.

Es ist längst bekannt, daß die schmutzigen, tatarischen Vergewaltiger in der Arme von einem großen Teil der weiblichen Souveränität verdrängt werden.

Es ist längst bekannt, daß die schmutzigen, tatarischen Vergewaltiger in der Arme von einem großen Teil der weiblichen Souveränität verdrängt werden.

Es ist längst bekannt, daß die schmutzigen, tatarischen Vergewaltiger in der Arme von einem großen Teil der weiblichen Souveränität verdrängt werden.

Schwerer Unfall eines Automobils.

London, 12. August. Bei Duller in Banatshire stürzte ein Automobil den Straßenrand hinab, wobei 23 Personen verletzt wurden.

Jugenteisung.

Rom, 13. August. Der gemischte Personengzug Rom-Velletri entgleiste gestern Abend wenige Kilometer von Velletri entfernt.

Zur Rosenhalschen Mordeffäre.

Scheß, der in der Rosenhalschen Mordeffäre die Täter abschnitt, ist in Velletri verhaftet worden und hat dort ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Neuhort, 12. August. Nachrichten aus allen Teilen des Landes besagen, daß die Rosenhalsche Mordeffäre Anlaß zu vielen öffentlichen Untersuchungen gegeben hat.

Neuhort, 12. August. Nachrichten aus allen Teilen des Landes besagen, daß die Rosenhalsche Mordeffäre Anlaß zu vielen öffentlichen Untersuchungen gegeben hat.

Dresdner Polizeibericht vom 13. August.

Bestrafung eines Diebstahls. Ein hiesiger Marktbesitzer hat kürzlich einen Diebstahl in die Hände, der ihm seine augenblickliche Notlage schärfte.

Bestrafung eines Diebstahls. Ein hiesiger Marktbesitzer hat kürzlich einen Diebstahl in die Hände, der ihm seine augenblickliche Notlage schärfte.

Bestrafung eines Diebstahls. Ein hiesiger Marktbesitzer hat kürzlich einen Diebstahl in die Hände, der ihm seine augenblickliche Notlage schärfte.

Bestrafung eines Diebstahls. Ein hiesiger Marktbesitzer hat kürzlich einen Diebstahl in die Hände, der ihm seine augenblickliche Notlage schärfte.

Bestrafung eines Diebstahls. Ein hiesiger Marktbesitzer hat kürzlich einen Diebstahl in die Hände, der ihm seine augenblickliche Notlage schärfte.

Bestrafung eines Diebstahls. Ein hiesiger Marktbesitzer hat kürzlich einen Diebstahl in die Hände, der ihm seine augenblickliche Notlage schärfte.

Bestrafung eines Diebstahls. Ein hiesiger Marktbesitzer hat kürzlich einen Diebstahl in die Hände, der ihm seine augenblickliche Notlage schärfte.

Bestrafung eines Diebstahls. Ein hiesiger Marktbesitzer hat kürzlich einen Diebstahl in die Hände, der ihm seine augenblickliche Notlage schärfte.

Bestrafung eines Diebstahls. Ein hiesiger Marktbesitzer hat kürzlich einen Diebstahl in die Hände, der ihm seine augenblickliche Notlage schärfte.

Letzte Telegramme.

Paris, 13. August. Der abgedankte Sultan Mehmed V. hat einen Mitarbeiter des Matin folgende Gründe für seinen Austritt angegeben.

Paris, 13. August. Das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem russischen Minister des Auswärtigen, Gofomov, wird mitgeteilt.

Paris, 13. August. Das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem russischen Minister des Auswärtigen, Gofomov, wird mitgeteilt.

Paris, 13. August. Das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem russischen Minister des Auswärtigen, Gofomov, wird mitgeteilt.

Paris, 13. August. Das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem russischen Minister des Auswärtigen, Gofomov, wird mitgeteilt.

Paris, 13. August. Das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem russischen Minister des Auswärtigen, Gofomov, wird mitgeteilt.

Paris, 13. August. Das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem russischen Minister des Auswärtigen, Gofomov, wird mitgeteilt.

Paris, 13. August. Das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem russischen Minister des Auswärtigen, Gofomov, wird mitgeteilt.

Paris, 13. August. Das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem russischen Minister des Auswärtigen, Gofomov, wird mitgeteilt.

Paris, 13. August. Das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem russischen Minister des Auswärtigen, Gofomov, wird mitgeteilt.

Sonnabend den 17. August, abends 9 Uhr

Oeffentliche politische

Volks-Versammlung

in der Deutschen Reichskrone, Bischofsweg.

Tages-Ordnung:

Imperialistische Probleme.

Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Paul Lensch.

Arbeiter von Dresden-Kenstadt! Erscheint massenhaft in dieser Versammlung!

Der Einberufer.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund. Bez. Dresden

Sonnabend den 17. August 1912, von abends 8 1/2 Uhr an im Park der Waldschlösschen-Brauerei, Schillerstraße

SOMMER-KONZERT

ausgeführt von 6 Bundes-Männerchören und 2 Bundes-Frauenchören, ca. 1000 Sänger

Programmhäfte à 30 Pf. sind zu haben in der Expedition der Dr. Volkszeitung, im Volkshaus, im Waldschlösschen-Tunnel und -Terrasse

Donnerstag den 15. August, abends 8 1/2 Uhr, in der Zentrallhalle: Generalprobe für Massen- u. Frauenchor

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung Dresden u. Umg.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Bibliothek zwecks Ueberweisung an die Zentralbibliothek ab

Donnerstag den 15. d. M. geschlossen wird.

Sämtliche ausgeliehenen Bücher müssen bis Donnerstag den 22. August zurückgeliefert werden.

Prager Str. 26

Monatsgarderobe

von feinsten Herrschaften wenig getragene Anzüge, Ulster und Paletots.

Et. 8., 10., 12., 15., 18., 22. usw. Verteilung eleganter Gesellschafts-Anzüge.

Kaufhaus f. Herren-Garderoben

G. m. b. H.

Telephon 19575 Prager Strasse 26 Telephon 19575.

Turnverein Freie Turner Löbtau.

Dienstag den 13. August Monats-Versammlung Vortrag und wichtige Tagesordnung. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Turnrat.

Turn-Verein Briesnitz-Cotta.

Mittwoch den 14. August Monats-Versammlung in der Turnhalle. Vortrag des Herrn Wolf, Teufen über: Der Wert der Körperpflege und die Schäden sexueller und alkoholischer Ausschweifungen. - Anfang 9 Uhr. Der Turnrat.

Tanz-Unterricht

Sofia J. Steiger, Poltschappel beginnt Dienstag, 20. August, abends 8 Uhr, Sonntags 8 Uhr. Anmeldungen beliebig. L. Reitsch.

Gute getragene Herren- und Damen-Kleider

verk. in jeder Preislage L. Dresdner Spezial-Kleider-Magazin Töpferstr. 1, 1. Et. Regal-Is. Kuch. verk.

Herrn-Wäsche

Krawatten, Blaue Anzüge, Kauft man am billigsten bei E. Köhler, Am See 13.

Klingo Frauen

„Frauentee“, Patent 78 Pf. Kucherspritzan, Spülkanne. Kosmetik, Toilet, Leib-Binden sowie alle Frauen-Artikel. Nur bessere Ware! R. Freisleben Postplatz 14. Man achte auf Firma.

Dürkopp-Nähmaschinen und Fahrräder

Sequente Teilszahlung. Sander & Fichtner Cotta, Barthaer Straße 37. Damen-Rad, Wie vor, 45 M., 3. u. 2. Hand, Oppelstr. 19, L. M.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Sitzung: Mittwoch 8-10 Uhr, Donnerstag 8-10 Uhr, Freitag 8-10 Uhr, Samstag 8-10 Uhr, Sonntag 8-10 Uhr, Telefon: Karl-Theater Nr. 774.

Rabenau und Umg.

Mittwoch den 14. August, abends 8 1/2 Uhr, im Sängerkreis in Rabenau Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Klassenrat und kirchliche Kirche. Referent: Genosse Richter, Dresden. 2. Bericht aus der Sitzung des Kreisvorstandes. 3. Wahl der Delegierten zum Parteitag. 4. Bericht aus dem Gemeinderat. 5. Verschiedenes. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

6. Bezirk. Striesen, Blasewitz, Gruna, Seidnitz.

Freitag den 16. August, abends 9 1/2 Uhr, im Sächsischen Prinzen, Schandauer Straße 11, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kulturprobleme der Gegenwart. Ref.: Handtagsabgeordneter Redakteur Genosse Dr. Fleißner. 2. Bericht aus dem Kreisvorstand. 3. Allgemeine Vereinsangelegenheiten. Das Mitgliedsbuch legitimiert zum Eintritt. Um zahlreiches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Bez. Gittersee, Coschütz, Burgk, Zschiedge, Kl.-Naundorf.

Freitag den 16. August, abends 9 Uhr, in der Nebhofschenke in Gittersee, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über Waisenfürsorge, die willkürliche Beschränkung der Kinderzahl. Ref.: Genosse Wolf, Döhlen. 2. Bericht vom Kreisvorstand. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Bezirksverwaltung.

Onkel Toms Hütte

Großes Ostragehege, am neuen Schlachthof Jeden Mittwoch Freikonzert ausgeführt von der von 4 Uhr an verbunden mit Schlacht-Fest Selbstgeb. Bierpilsen. Frische Backfische. Gr. Kinder-Spielplatz.

Rohtabak! Besondere Kaufgelegenheit!

Ich habe das gesamte Rohtabaklager der infolge Todesfalles zur Auflösung gelangenden Rohtabakhandlung Ernst Förster, Dresden-N., Fleischergasse 1 angekauft und stelle dasselbe am Mittwoch den 14. und Donnerstag den 15. August d. J. in Dresden-N., Fleischergasse 5 zur Verkaufsbesichtigung. Ich werde die grossen Vorräte zu sehr billigen Preisen abgeben und empfehle allen Interessenten dringend, diese besondere Kaufgelegenheit zu benutzen und die Tabake an den oben angegebenen Tagen in Dresden persönlich zu besichtigen. Ein vorheriger Musterversand ist nicht möglich. Eine Ver längerung der Verkaufstage ist ebenfalls nicht angeht. Käufer belieben zollamtliche Betriebsanmeldung vorzulegen.

Heinrich Franck, Berlin N. 54

Brunnenstrasse 22.

Nur Breite Str. 12 (Ueber den Winter den)

kauft man Anzüge, von Herrschaften wenig getragen, von 8 M. an, getragene Ulster und Paletots von 6 M. an, Jackets und Hosen von 2 M. an, Gummimäntel u. Wetter-Felrinen von neuem u. getr. Schuhwerk in allen Größen sehr preiswert. Fracks u. Gehrocke werden billigst überlassen und verkauft. Aussehen von auswärts Fahrtbegünstigung. Bitte genau auf Nummer und auf Schilder dankbar zu achten.

Nur Wähler, Dresden-A., Breite Strasse,

Zur billigen 12. II.

Wir empfehlen:

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom Jahre 1871 bis zum Jahre 1912

Inhalt: Das Ergebnis der Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 für den 4., 5. und 6. sächsischen Reichstagswahlkreis. Stimmverhältnis der Parteien in Sachsen. Die Staatsrentensteuer. Die Vertretung der Wahlkreise im Deutschen Reichstage von 1871 bis 1912 in Zahlen dargestellt. Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen bei den Reichstagswahlen von 1871 und 1907. Preis 10 Pfennig. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dresden, Große Spingierstraße 14, und die Kolportage.

Verantwortlich für den reaktionären Teil: Prof. Dr. G. S. Dresden-Königsplatz. Verantwortlich für den liberalen Teil: Reichshaus, Dresden. Druck und Verlag: Raben & Sohn, Dresden.

Die Leipzig... festgelegt... Die... im Jahr... aber nicht... nun, die... falls zu... seiner... gemordet... Zeichen... Arbeiterbew... Wahlkraft in... Verband... Arbeiterbew... Sozialdemot... liberalen w... viele Partei... zu eng vert... wurden wie... Die... der Fortsch... Sie wird in... arbeiten: 1... richtungen i... Gleichberecht... Laufbahn... mündung hat... rechts durch... Gewaltstert... Pflicht jedes... leistungsfäh... engen Zusam... Gewerben n... gegen den G... 4. Für eine... Nation besch... im Mensch... Diese... Annahme... zeit. In 2... Nationalide... Daraus er... Reimingen... Vortrath in... angehören... leblich ein... können nun... schiedliche... iger Konfe... Resolution: „D... verhältnis... auf etwa... tionen. dem Reich... Damit... vornehm... mehr, als... Ausnahme... Die neue... einer Refor... feinerlei Be... schäftlichen... vorbehalten... Denn... sollte, dann... beiter, die... könnten ja... lationen de... Jungliberal... zu erfüllen... werden sol... untauglicher... Bewegung... Der Bank... Die... Werkberei... auf hinged... Werkleistun... intimen J... Streiks da... etwas frist... Da... zu, in welch... und ander... was wir... haben. G... In 9... richt über... Rohrentrei... Gründung... zur Zeit d... lichen Geu... und daneb... ebangeli... richtig bed... ringen Ge... leitungen d... propagiert... leiber an... Ungan... Reichsb... Bar...

Sächliche Angelegenheiten.

Die liberale „Arbeiter“-Tagung.

Die Tagung liberaler Arbeiter und Angestellter in Leipzig war, wie von national-liberaler Seite bereits vorher festgestellt wurde, ein Unternehmen der fortschrittlichen Volkspartei. Die durch die Dunderschen Gewerkschaften festgelegte Bekanntheit im Fahrwasser dieser Partei, anscheinend erachtet man sie aber nicht mehr für unbedingt zuverlässig und man versucht nun, die fortschrittliche Arbeiterbewegung auf eine breitere Basis zu stellen. Herr Erkelenz, der vor einigen Jahren seiner Tätigkeit halber den Fortschrittler recht unangenehm geworden war, steht mit dem ehemaligen Nationalsozialen Tischendorf an der Spitze dieser neuen fortschrittlichen Arbeiterbewegung, die dem Liberalismus „einen stärkeren Rückhalt in den Volksschichten“ verschaffen soll. Der neue Verband will die „Erfahrungen der Rinderheit in der Arbeiterbewegung“ schärfen gegenüber der „Gefahr“, daß die Sozialdemokratie alles an sich reiße. Mit den National-Liberalen will man um deswillen nichts zu tun haben, weil diese Partei mit den Schmarjadern und mit den „Geldern“ zu eng verflochten sei. Die Richtlinien der neuen Bewegung wurden wie folgt bestimmt:

„Die liberale Arbeiterbewegung erkennt das Programm der fortschrittlichen Volkspartei als ihr Mindestprogramm an. Sie wird innerhalb dieser Partei mit besonderer Anstrengung arbeiten: 1. Für den freiwirtschaftlichen Ausbau aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, wie für die politische Gleichberechtigung aller Erwachsenen. Im Anbegriff seiner Laufbahn soll jeder Mensch die gleiche Möglichkeit der Entwicklung haben. 2. Für die Schaffung eines sozialen Arbeitsrechts durch Umwandlung des Arbeitsverhältnisses auf einem Gewerkschaftsverhältnis in ein Rechtsverhältnis. Die wichtigste Pflicht jedes Gewerkschafts ist die Erhaltung und Kräftigung einer leistungsfähigen Arbeiterschaft. 3. Für die Erkenntnis des engen Zusammenhangs der sozialen Frage in den städtischen Gewerben mit der auf dem Lande. Dementsprechend: Kampf gegen den Großgrundbesitz, für eine großzügige Landkolonisation. 4. Für einen lebenskräftigen Idealismus, der alle Klassen der Nation verbindet, gegen einen geistlosen Materialismus, der im Menschen nur eine Maschine sieht.“

Diese Richtlinien fanden bei einigen Stimmenthaltungen Annahme. Gleich darauf ergab sich aber sofort eine Schwierigkeit. In Bayern sind nämlich seit 1907 Fortschrittler und National-Liberale zu einem liberalen Reichsausschuss vereinigt. Daraus erklärt es sich auch, daß der Fortschrittler Müller-Reinhold und der Stamme National-Liberale Wassermann-Bretsch im bayerischen Landtag ein und derselben Fraktion angehören. Die liberalen Arbeitervereine in Bayern, die lediglich ein Anhängel des liberalen Reichsausschusses darstellen, können nun nicht ohne weiteres ihren Anschluß an die fortschrittliche Volkspartei vollziehen. Deshalb hat sich die Leipziger Konferenz mit der Annahme folgender Verlegenheits-Resolution:

„Die Konferenz begrüßt unter Anerkennung der Sonderverhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten die dortigen auf etwas anderer Grundlage beruhenden Arbeiter-Organisationen. Sie erhofft, daß diese Vereine und Verbände mit dem Reichsverein in eine Arbeitsgemeinschaft eintreten.“

Damit ist der neuen liberalen Arbeiterbewegung von vornherein der Stempel der Zerfahrenheit aufgedrückt, um so mehr, als die liberalen Arbeitervereine Sachsens fast ohne Ausnahme auf dem Standpunkt der National-Liberalen stehen. Die neue Bewegung will eine rein politische sein, denn nach einer Resolution Lange-Düffelhoff sollen die Ortsgruppen keinerlei Weitrüge oder Unterführungen an Arbeiter in wirtschaftlichen Kämpfen zahlen, da dies Gewerkschaftsverbänden vorbehalten sei.

Wenn die politische Betätigung der einzige Zweck sein sollte, dann ist die ganze Gründung höchst überflüssig. Weiter, die sich im Sinne der Fortschrittler betätigen wollten, könnten ja ohne weiteres den bestehenden politischen Organisationen beitreten. Wenn aber der mißlungene Versuch der Jungliberalen, den National-Liberalismus mit sozialer Geist zu erfüllen, hier auf die fortschrittliche Volkspartei übertragen werden soll, dann bleibt dies ein untauglicher Versuch an untauglichen Objekten. Jedenfalls besteht kein Anlaß, der neuen Bewegung eine besondere Bedeutung beizumessen.

Der Zank der Unternehmer und Christlichen um die arbeits-wichtigen Bergarbeiter.

Wir haben vor einigen Tagen die Gründung der gelben Bergarbeitervereine im sächsischen Kohlenrevier behandelt und darauf hingewiesen, daß speziell im Zwickauer Revier außer den Bergarbeitern auch noch andere, sehr christliche Leute in sehr intimen Zusammenhang damit stehen, die sich während des Streiks bald die Beine abgelaufen haben, um ihrer Herde etwas frisches Blut zuzuführen.

Da geht der Chemnitz'ger Volksstimme ein Schriftstück zu, in welchem eben diese christlichen Leute wider Willen ihre und anderer Leute Namen aufdecken und all das bestätigen, was wir allerdings schon oft in unserem Blatte festgestellt haben. Es heißt dort:

In Nr. 177, Beil. 3, der Volksstimme ist in einem Bericht über die Gründung gelber Bergarbeitervereine im Zwickauer Kohlenrevier gesagt worden, wir beiden hätten bei dieser Gründung Parteigestanden. Das entspricht nicht den Tatsachen. Zur Zeit des Bergarbeiterstreiks haben wir versucht, der christlichen Gewerkschaft in unserem Gebiet Vorden zu verschaffen und daneben selbstverständlich nach wie vor kräftig für unsere evangelischen Arbeitervereine geworben. Wir haben es aufrichtig bedauert, daß unsere Bemühungen deswegen von so geringem Erfolge gekrönt waren, weil von Seiten der Bergarbeitern die Gründung weltlicher Bergarbeitervereine so energisch propagiert wurde. Unsere Vorstellungen dagegen fanden leider an zuständiger Stelle kein Gehör.

Ungnad, P. Biegert, Reichsverb.-Vorst. Arbeitersekretär.

Warum die Herren Ungnad usw. kein Gehör fanden, ist

leicht erklärlich. Die Bergverwaltungen fürchteten, vom Regen in die Traufe zu kommen, obwohl die „Christlichen“ und „Evangelischen“ nach der neuesten Mischung von den Gelben kaum mehr zu unterscheiden sind.

Und im Grunde ist es gehüpft wie gesprungen. Bergverwaltungen und die Nachher der national-evangelischen Arbeiterbewegung verfolgen ein und denselben Plan auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Mitteln. Die Bergleitungen werden damit aber genau so schlechte Geschäfte machen, wie die Ungnad und So. Denn schließlich kommt doch auch der Dummheit dahinter, zu welchen Zwecken er sich von jener Gesellschaft mißbrauchen lassen soll.

Ein Verband zur Rettung der Armen.

Die Kreishauptmannschaft Zwickau hat ein Ortsgesetz über die Ausschließung säumiger Abgabepflichtiger von öffentlichen Vergnügungsorten genehmigt. Der maßgebende § 1 des Ortsgesetzes hat folgenden Wortlaut:

Im Bezirke der Stadt Zwickau, der Landgemeinden Königswalde, Langenberndorf, Langenheffen, Leubnitz, Ruppertsgrün, Steinpleis, Stöcken und der selbständigen Rittergutsbezirke Leubnitz, Ruppertsgrün, Obersteinpleis, Untersteinpleis und Weizenbrunn kann den Abgabepflichtigen, die mit der Bezahlung der direkten Staatssteuern, der direkten Gemeinde-, Kirchen-, Armen- und Schulanlagen oder des Schulgeldes im Rückstande bleiben, der Besuch der Gastwirtschaften, der Schank- und Tanzstätten verboten werden.

Zu diesem Zwecke vereinigen sich die genannten Gemeinden und Ortsbezirke nach § 1 Abs. 3 des sächsischen Gesetzes vom 21. April 1884 zu einem Verband in der Weise, daß die säumigen Abgabepflichtigen, bei denen die Voraussetzungen für ein derartiges Verbot vorliegen, vom Besuche der Schankstätten und öffentlichen Vergnügungsorte nicht nur in ihrem Wohnorte, sondern auch in den sämtlichen genannten Gemeinden ausgeschlossen werden.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß in unserer Zeit unerschwinglich hohe Lebensmittelpreise noch derartige unsoziale Gesetze geschaffen werden können, denn in der Hauptsache werden von solchen Bestimmungen nicht die böswilligen Steuerzahler, sondern nur diejenigen getroffen, bei denen das farge Einkommen nicht weiter reicht, als zu dem notwendigsten Lebensunterhalte und ab und zu zu einem Glas Bier. Komisch nimmt es sich in dem Gesetze aus, daß nur diejenigen, die die direkten Steuern schuldig bleiben, geahndet werden sollen. Die indirekten Steuern würde man natürlich auch mit in das Gesetz aufnehmen, wenn es überhaupt möglich wäre, diese schuldig zu bleiben.

Nationaler Jugend-Kriegsspiel-Abzug.

Folgendes Bericht über die Betätigung der nationalen Jugend-„Kriegsspieler“ finden wir in einem bürgerlichen Blatt:

„Wachfeuer luderten am Sonntagabend am Eingange des Dorfes. Der Jugendbund von Leipzig trat unter Führung eines Leutnants gegen 11 Uhr hier ein, um ein Kriegsspiel zu halten. Die Idee dazu war: „Eine Probantkolonne ist auf dem Wege nach Wittenberg bei Jabelsdorf verunglückt. Die vor dem Orte liegenden liegenden Zigeuner haben durch Spione davon Kunde erhalten und wollen den Zug im Walde vor Rieße überfallen.“ Die Kolonne war glücklich entkommen.

Hierauf fand am Bahnhof Jabelsdorf ein Abstoßen statt, dem sich eine Besichtigung des Zeithainer Lagers anschloß.“

Die Geschichte hört sich an wie eine Szene aus einem Kolportageroman. Uns wundert nur, daß man nicht auch noch einen von „den Zigeunern geraubten Grafensohn“ usw. dabei hatte.

Die Zahl der Selbstkranken in Sachsen.

Die Zahl der Selbstkranken nimmt überall erheblich zu. Im Jahre 1897 wurden im Königreich Sachsen in den Landes-Irrenanstalten 4406 und in anderen Anstalten 2627, zusammen 7033 Geisteskrante verpflegt. Im Jahre 1910 wurden in den Anstalten zusammen 14542 derartige Kranke verpflegt, was in den 13 Jahren mehr als eine Verdoppelung bedeutet! In der gleichen Zeit stieg die Zahl der Institute, in denen Selbstkrante verpflegt werden, von 13 auf 23. Im Jahre 1910 waren in den Anstalten 9444 Betten vorhanden, die Zahl der Verpflegten war 3339 073. Unter den Untergebrachten befindet sich fast genau die Hälfte männliche und weibliche Personen. Das umfangreichste Institut ist die Heil- und Pflegeanstalt Hubertusburg, die am Schlusse des Jahres 1910 insgesamt 1556 Insassen zählte. In Hochweilchen waren 726, Sonnenstein 650, Untergörsch 600 usw.

Die Anstalten sind meist überfüllt, und die Ärzte klagen, daß die Unterbringung eines Kranken immer sehr lange auf sich warten läßt. Der Grund für diese bedauerliche Entwicklung der Dinge ist vor allem in unserem modernen Leben mit seinen hohen Anforderungen an Körper und Geist zu finden. Sodann ist aber nicht außer acht zu lassen, daß die vorgeführte ziffermäßige Zunahme des Bestandes der Irrenanstalten zum Teil auf die häufigere Unterbringung von Personen zurückzuführen ist, die man früher in der „Freiheit“ ließ.

Wegen Majestätsbeleidigung.

Wurde von der Strafkammer in Chemnitz der 55-jährige Werkführer Friedrich Hermann Kitzow aus Eutendorf zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte sich am 10. Mai d. J. während der Arbeit mehreren anderen Arbeitern gegenüber in beleidigender Weise über den Deutschen Kaiser ausgesprochen. Er war wegen Majestätsbeleidigung vor 17 Jahren schon einmal bestraft worden.

Während die Strafverfolgung bei Vergehen und Verbrechen mit der Zeit verjähren, ist das bei den Verbrechen nicht der Fall. Eine Strafe kann noch solange zurückliegen, sie kann immer als strafwürdiges Moment bei der Strafmaßbestimmung in einem neuen Prozesse herangezogen werden. Das scheint auch im vorliegenden Falle in reichlichem Maße gegeben zu sein.

Blut zweier Stiefkinder aus einem fahrenden Eisenbahnzuge.

In dem Personenzug Hof-Weitzig wurde am Sonntagabend nachmittags ein Transport sächsischer Gefangener nach Leipzig geführt. In der Nähe der Station Schönberg sprangen plötzlich zwei Straf-

linge aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge. Der Transporteur zog sofort die Rostene, wodurch der Zug zum Halten gebracht wurde. Das Bahnpersonal nahm sofort die Verfolgung der beiden Flüchtlinge auf. Der eine von ihnen war schwer verletzt auf der Bahnstrecke liegen geblieben, während der andere, obwohl er sich auch Verletzungen zugezogen hatte, in dem nahen Wald Schutz suchte. Er wurde aber nach kurzem Suchen gefunden. Der Zug erlitt durch diesen Zwischenfall dreiviertel Stunden Verspätung.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Freitagabend legte sich der 16-jährige Schiffenführer Willi Weidenmüller in Rebersdorf in selbstmörderischer Absicht auf das Gleis der Eisenbahn in der Nähe des Oberen Bahnhofes. Er wurde von dem 29-jährigen Querläufer kommenden Zuge schwer verletzt. In diesem Zustande wurde er noch am selben Abend in das Kreiskrankenhaus Zwickau eingeliefert. — In Plauen wurde ein Automobil angehalten, in dem sich drei Herren, eine Dame und ein Knabe befanden. Es wurde festgestellt, daß der Knabe aus Jossen entführt worden ist. Der Entführer ist der Vater des Knaben, ein aus Regensburg gebürtiger Schauspieler, der gegen seine Frau die Scheidungsklage eingereicht hat. Der Vater wurde verhaftet, nachdem die Mutter telegraphisch von der Auffindung des Knaben verständigt worden war. — In Obererunnersdorf tötete der 18-jährige alte Wirtschaftsgeldhe Heinrich seinen Freund Otto Weber aus Reichsdorf mit einem Leuchtpistole, das er für ungeladen hielt. Er stellte sich selbst der Polizei und wurde in Haft genommen. — Montag nachmittag stürzte am Thomaskirchhof in Leipzig der 20-jährige alte Arbeiter Otto Richard Niedmann mit seinem Fahrrad so unglücklich, daß er von einem vorbeifahrenden Militärwagen überfahren und sofort getötet wurde. — Der Handlungsgeldhe Gerbert aus Plauen i. V., der in einer Mühle in Erfurt tätig war und dort mit 3000 Mark fälligte, wurde mit seinem Bruder verhaftet. — Der Wutscher Große in Weitz bei Reiza stürzte, als er mit Zauhscharen beschäftigt war, auf noch unangelegte Weise in die Zauhscharen und erstickte. — Auf dem Bahnhof in Döbeln stieß vorgestern abend 7 Uhr eine Zugmaschine mit einem Rangierzuge zusammen. Beide Maschinen sind erheblich beschädigt; ein Tender und drei Personenwagen entgleisten. Personen wurden nicht verletzt. Der Verkehr wurde durch Umleiten aufrechterhalten. Die Störung war nach einer Stunde behoben. — Im Jagdgebiet von Meletwitz bei Reitzig wurde Montag der 60-jährige Rentier Hermann Offenbauer, in der Waldstraße in Reitzig wohnhaft, der seit drei Tagen vermißt wurde, tot aufgefunden. Offenbauer, der seit 20 Jahren dort als Galt jagte, hatte sich wahrscheinlich einen Schlag am Kopf zugezogen und war dann eingeschlagen. Sein Gewehr hatte er neben sich gestellt. Durch eine Bewegung im Schlaf muß er wohl umgefallen sein. Der Schlag ging los und traf den Jäger so unglücklich, daß er sofort tot war.

Stadt-Chronik.

Gesetzliche Vormundschaft und Ziehkinderverwesen.

Darüber gibt das städtische Fürsorgeamt einen Bericht auf das Jahr 1911, dem wir folgende allgemein wichtigere Angaben entnehmen. Die amtlichen Geschäfte der gesetzlichen Vormundschaft und des Ziehkinderverwesens sind vom 1. Januar 1911 ab aus Zweckmäßigkeitsgründen und der Einfachheit und Uebersichtlichkeit halber mit denen der Armenfürsorge für Kinder zusammengelegt worden. Sie wurden im Berichtsjahre von einem Stadtmann, der als gesetzlicher Vormund bestellt ist, erledigt. Er wurde unterstützt von den beiden juristischen Hilfsarbeitern des Armenamtes und zwölf Registratorinnen, die mit je einem Beamten und einem Hilfsarbeiter besetzt waren, sowie von einem Beamten, der ausschließlich als Prozeßbevollmächtigter des gesetzlichen Vormundes tätig war. Von den Ständesachtern wurde dem Fürsorgeamt die Geburt von 2449 unehelichen Kindern gemeldet. Von diesen Kindern mußten die Pflegstellen ermittelt und geprüft werden, ob sie genügen. Auch mußte festgestellt werden, ob die gesetzliche Vormundschaft Platz zu greifen hatte oder nicht. Weiter waren Maßnahmen zu treffen wegen dauernder Ueberwachung der Pflegeverhältnisse, Wahrung der Unterhaltsansprüche der unehelichen Kinder ihren Erzeugern gegenüber und Erörterung der Pflegestellen der nach auswärts verbrachten Kinder. Hierzu kam die Prüfung und Ueberwachung der Pflegeverhältnisse und, soweit die Voraussetzungen für die gesetzliche Vormundschaft gegeben waren, die Wahrung der Unterhaltsansprüche der aus anderen Orten in Dresden untergebrachten Kinder. Die Zahl der von den 5 Ziehkinderrichtern abgehandelten Kindermusterungen betrug 259 (1910: 258) und die Zahl der vorgelegten Kinder 6292 (4721). Diese Musterungen werden allmählich und wenn nötig auch öfters in fünf verschiedenen Stadtteilen veranstaltet. Vorgelegt werden alle Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre nach ihrer Anmeldung, und wiederholt nach etwaigem Pflegewechsel, und endlich solche Kinder, bei denen die Ärzte auf die bedenklichen Pflegeverhältnisse aus irgendeinem Grunde eine nochmalige Vorstellung für notwendig erachteten. Die Kinder sind von den Ziehmüttern oder selbstpflegenden Müttern zur Musterung zu bringen, wo über Pflege, Ernährung und Behandlung der Kinder Belehrung gegeben und auf vorhandene Krankheiten und Gebrechen aufmerksam gemacht wird und wo die selbstpflegenden Mütter auf die Vorteile des Selbstpflegens für Mutter und Kind hingewiesen und hierzu veranlaßt werden. — Besondere Aufmerksamkeit wird von den Ziehkinderrichtern sowohl bei den Wochenmusterungen als auch später bei der Beaufsichtigung der Kinder den ansteckenden Krankheiten, insbesondere der Tuberkulose und der Syphilis, gewidmet. Es werden nicht nur die Kinder, sondern auch, falls Verdacht besteht, die Zieheltern oder Angehörige und die selbstpflegenden Mütter auf ansteckende Krankheiten untersucht. Von dem Ergebnis dieser Untersuchung wird das Verbleiben oder die Entfernung der Kinder abhängig gemacht, auch, sofern erforderlich, ihre ärztliche Behandlung oder ihre Unterbringung in einer Krankenanstalt angeordnet. Ferner werden die Wohnungsverhältnisse durch die Organe des Fürsorgeamtes eingehend geprüft.

Um ein richtiges Bild von dem körperlichen Zustand der unter der Aufsicht des Fürsorgeamtes stehenden Kinder zu erhalten, sind Anfang 1912 bei 3962 Kindern die jeweils letzten ärztlichen Besuren festgestellt worden. Daraus ergibt sich, daß bei 67,7 Proz. dieser Kinder der körperliche Zustand ein sehr guter und guter, bei 31 Proz. ein genügender und bei nur 1,3 Proz. ein ungenügender war. Wenn

man berücksichtigt, daß die meisten dieser Kinder aus den ärmsten Bevölkerungsteilen stammen und bei ihrer erstmaligen Vorstellung kein günstiges Bild in bezug auf körperliche Beschaffenheit boten, und wenn man weiter bedenkt, daß ein großer Teil dieser Kinder wiederholten Pflegewechsel hat durchmachen müssen, der für die Entwicklung eines Kindes sehr nachteilig wirkt, so muß dieses Ergebnis als ein recht gutes bezeichnet werden. Die Zahl der Hausbesuche der Pflanzärzte betrug 474 (486) und die der 19 besoldeten Pflegerinnen 52391 (44951). 19 Frauen wurde auf Grund der Bestimmungen über das Pflanzwesen der Stadt Dresden die Erlaubnis zum Halten von Kindern verweigert, weil sie nach ihren persönlichen und häuslichen Verhältnissen zur Durchführung der Pflege von Kindern nicht geeignet waren. In mehreren Fällen wurde auch die anderweitige Unterbringung unehelicher Kinder verfügt, weil ihre Mütter die Pflege und Erziehung vernachlässigten. Von den am 31. Dezember 1911 vorhandenen 6122 heftigsten Kindern standen 3413 unter der gesetzlichen Vormundschaft, sonach 622 mehr als Ende 1910. — Ueber die Tätigkeit des Fürsorgeamtes hinsichtlich der Wahrung der Unterhaltspflichten der unehelichen Kinder ihren Erzeugern gegenüber ist folgendes zu berichten: Klagen wurden 565 (584), und zwar beim Amtsgericht Dresden 327 (308) und bei auswärtigen Amtsgerichten 238 (231) — darunter 11 in Oesterreich, 1 in Afrika und 1 in Belgien — gegen außerrechtliche Väter geführt. Aus dem Jahre 1910 waren 111 Klagen weiterzuführen. In den beim Amtsgericht Dresden anhängigen Klagen wurden 1956 (1709) Termine durch den Prozeßbevollmächtigten des gesetzlichen Vormundes abgemacht. Bei auswärtigen Amtsgerichten fanden 788 (682) Termine statt, die von den bestellten Anwälten wahrgenommen wurden. — Das Ergebnis war: 150 freitragende Urteile nach dem Klagenurteil, 109 Anerkennsurteile, 156 Verdamnisurteile, 12 Endurteile durch Eid bedingt, 40 Klagenabweisungen (weil den Beklagten die Einrede aus § 1717 des B. G. B. oder der Nachweis der offensiblen Unmöglichkeit der Empfangnis aus ihren Bewohnungen gelungen war), 7 Prozeßvergleich. 21 Klagen waren Ende 1911 noch nicht erledigt, 17 Klagen erledigten sich durch Tod und Wegzug der Kinder sowie durch anderweitige Regelung der Angelegenheit. Es waren 77 Verurteilungen im Gange, von denen 39 vom Fürsorgeamt gegen ganz oder zum Teil abweisende Urteile eingeleitet wurden; in 37 Fällen geschah dies von den in erster Instanz verurteilten Beklagten. Zahlreiche Klagen vor den zuständigen Landgerichten 277 (238) Termine statt. In 35 Fällen wurde zugunsten, in 18 Fällen zum Nachteil der Kinder entschieden; 26 Verurteilungen waren Ende 1911 noch nicht erledigt. Durch Zwangsvollstreckung, in der Hauptsache durch Wohnveränderungen, zu einem Teil aber auch durch freiwillige Zahlungen, einschließlich einiger Abfindungen, wurden im Berichtsjahre vom Fürsorgeamt eingezogen 274 223 M. (darunter 69 679 M. an Abfindungssummen) von 102 Vätern. — Von der im Jahre 1911 eingezogenen Summe sind 19 136,50 M. in 800 Raten an die Armenkassen als Entschädigungen auf gewährte Unterstützungen für gesetzlich bevormundete Kinder übergezahlt worden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das Fürsorgeamt die Eingelieferung nur bei schwierigen und unsicheren Zahlern selbst übernimmt. Reichlich die Hälfte aller Väter führen ihre Unterhaltsträge infolge der Einwirkung und des Vorgehens des Fürsorgeamtes freiwillig an die Kindesmütter ab, nachdem sie ihre Vaterpflicht und Unterhaltungsverpflichtung vor dem Vormundschaftsgericht in öffentlicher Urkunde anerkannt haben. Den 12 Familienmitgliedern leisteten 56 Väter. In 7 Fällen wurden Haftbefehle erlassen und vollstreckt. Soweit die Kindesmütter zu dem Unterhalte ihrer Kinder mit herangezogen werden konnten und für diese eine Verleumdung der Pflege nicht zu befürchten war, wurde wiederum ein kleiner Teil der Beiträge in Sparkassenbüchern zinsbar angelegt, um den Kindern einen Spargroschen zu sichern und andererseits Mittel für unerwartete größere Aufwendungen zu haben. Es wurden im Berichtsjahre 12 138 M. in 1307 Raten zurückgelegt. Im übrigen fanden die eingezogenen Beträge für die Pflege der Kinder Verwendung. Im letzten Jahresbericht ist bemängelt worden, daß die Gerichte die Beklagten in der Regel nur zu monatlich 20 M. verurteilt haben, während der Pflegegeldsatz für untergeordnete Kinder infolge der Verteuerung der Lebensbedürfnisse sich vielfach höher stellte. Die Gerichte beurteilten seit neuerer Zeit die Beklagten zu einer monatlichen Unterhaltssumme von 22 M. Wenn dieser Betrag auch nicht ausreicht, so bedeutet die Erhöhung doch eine Verbesserung der Lebenslage der unehelichen Kinder.

Tempora mutantur!

Die Zeiten ändern sich — und der Dresdner Anzeiger ist ganz ernst darüber, wie sie sich ändern. Tiefbetrübt schreibt heute der Anzeiger:

Tempora mutantur! Zum ersten Male seit dem Bestehen der privilegierten Scheibenklüppelgesellschaft feierte am Sonntag ein sozialdemokratischer Verein, der Arbeiter- und Arbeiterinnen-Solidarität, sein Sommerfest in den Räumen der Gesellschaft im Schützenhof in Trachau. Wie vertritt sich die Abgrenzung des Schützenhofes an die Sozialdemokratie mit der Devise der Scheibenklüppel: „Neb' Aug und Hand fürs Vaterland? In den Räumen, in denen vorgelesen die donnernden Reden auf die völkerverfeindende internationale Sozialdemokratie widerhallten, soll in drei Wochen beim Königschießen das Surra auf den König, und vom Vertreter des Königs das Hoch auf die königstreuen Schützen ausgebracht werden? Im Garten, in dem am Sonntag die Arbeiterinnen-Kasse errichtet, sollen dann die Klänge der Nationalhymne als Aubildung für Se. Majestät erklingen! Wutros! Väterchen zogen sich am Sonntag abend in endlosen Girlanden flammend von Baum zu Baum: Nirwahr, ein eigenartliches Licht, in das sich die privilegierte Scheibenklüppelgesellschaft gesetzt hat!

Nad wie er sich räuspert und wie er sucht, das hat das „Vornehme“ Dresdner Rotblatt dem — Pirnaer Anzeiger abgegründ. Genau in dieselben Kerbe schlug ja — etwas robuster zwar — das Pirnaer Amtsblatt, als kürzlich die Arbeiterkammer und früher schon einmal die Arbeiterkammer das Pirnaer Schützenzelt in gleicher Weise zu entwenden in der Lage waren, wie es jetzt mit dem Schützenhof in Trachau geschah. Es ist lächerlich! Die Möglichkeit liegt allerdings vor, daß den königstreuen Schützen das Surra auf Kaiser und König im Falle stehen bleibt, wenn sie in diesem feierlichen Moment unwillkürlich an das Radfahrerfest vom Sonntag denken. Dielem liebt ist jedoch abzuhalten, indem ein möglichst großes Grammophon aufgestellt wird, das dann das

Surra- und Hochschreien mechanisch besorgen kann. — Im übrigen wollen wir nur noch die Tatsache feststellen, daß der Dresdner Anzeiger mit dieser lächerlichen Denunziation ganz und gar auf den Hund gekommen ist. Wenn Lächerlichkeit wirklich tödete! — O tempora, o mores!

Geschäftshaberei.

Ein Dresdner Warenhaus hatte an die Bürgermeister der mittleren und kleinen Städte und an die Gemeindevorstände ein Rundschreiben gerichtet, in dem es erklärte, es wolle, weil im Königreich Sachsen der ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung keine Möglichkeit geboten sei, in bequemer und angenehmer Weise ihre Einkäufe durch Postversand zu besorgen, einen wohlorganisierten Versand für ganz Sachsen einzurichten und speziell den Einwohnern ihres Ortes durch direkte Bequemlichkeit und vorteilhafte Angebote entgegenzukommen. Gleichzeitig hat dieses Warenhaus, um möglichst vielen Personen diese Vergünstigung zugänglich zu machen, die Bürgermeister und Gemeindevorstände um Mitteilung aller Adressen von Eheleuten, selbständigen Handwerkern, Geschäftsmännern usw. ersucht und ihnen als Belohnung hierfür Geschenke in Gestalt von einer Schere, einer vergoldeten Brosche, einer Kinderschürze u. a. m. angeboten. — Das Ministerium des Innern weist im Tr. N. darauf hin, daß es sich mit der Berufspflicht der Bürgermeister, Gemeindevorstände und Gemeindebeamten nicht verträglich, ein solches zum mindesten nicht unbedenkliches Verhalten zum Nachteile der örtlichen Handel- und Gewerbetreibenden irgendwie auch nur außerordentlich zu unterstützen. Insbesondere ist die Annahme von Geschenken für derartige Auskünfte, die unter Benutzung von Kenntnissen der örtlichen Verhältnisse gegeben werden, die wenigstens teilweise auf Grund der amtlichen Tätigkeit oder amtlichen Unterlagen erlangt sind, unter allen Umständen unzulässig und kann nach Befinden gerichtliche Bestrafung nach sich ziehen. Die Bürgermeister und Gemeindevorstände sollen in Zukunft durch ihre Aufsichtsbehörde dem Ministerium des Innern Anzeige erstatten, wenn wieder mit ähnlichem Ansuchen an sie oder Gemeindebeamte herangetreten werden sollte, damit mit allen gesetzlichen Mitteln dagegen vorgegangen werden könne.

Neue Typhusfälle!

Am Sonnabend erkrankten vom 2. Grenadier-Regiment Nr. 101 sechs Grenadiere unter heftigen Typhuserscheinungen; im Lazarett wurde bei vier von ihnen Typhus, bei den anderen beiden Typhusverdacht festgestellt. Den Mannschaften des gesamten Regiments war am Sonntag zur Verhütung weiterer Erkrankungen der Besuch der Vogelwiese untersagt worden. Bis zum Montag nachmittag waren keine neuen Fälle hinzugekommen. Im Stadtbezirk selbst sind seit Sonnabend keine weiteren Erkrankungen an Typhus vorgekommen. Mehrere Verdachtsfälle haben das Vorhandensein einer harmlosen Krankheit ergeben. Aus der Umgebung Dresdens ist seit Sonnabend nur ein Typhusfall in ein hiesiges Krankenhaus eingeliefert worden. — Wegen Typhusverdachts machte sich die Ueberführung eines seit Mitte Juli erkrankten, auf der Weidenallee wohnenden Arbeiters nach dem Friedrichshäuser Krankenhaus erforderlich.

Das Dresdner Arbeiter-Sekretariat

wurde im Monat Juli 1912 insgesamt von 1220 Personen aufgesucht, die 1271 Anfragen vortrugen. Da das Sekretariat an 27 Tagen geöffnet war, kommen auf den Tag 45,2 Besucher. Von den Auskünften wurden 149 schriftlich erledigt. Die Auskünfte verteilten sich auf folgende Gebiete: Arbeiter- und Dienstvertrag 178, bürgerliches Recht 427, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 216, Strafrecht 117 und 81 sonstige Fragen. Unter den Besuchern sind verzeichnet: 1009 männliche und 249 weibliche. Organisiert waren 960, unorganisiert 251, darunter 56 Ehefrauen, 30 Witwen, 23 Anwalden, 18 Selbständige, 13 Diensthöfen, 5 Lehrlinge, 7 Korporationen, 14 Arbeiterinnen, 16 Arbeiter und 60 Sonstige. — Auf die Organisationen entfallen: 257 Metallarbeiter, 116 Bauarbeiter, 100 Holzarbeiter, 64 Transportarbeiter, 56 Fabrikarbeiter, 42 Gemeindearbeiter, 37 Buchdrucker, 27 Schuhmacher, 26 Zimmerer, 22 Maler und Lackierer, 20 Labelfarbeiter, je 15 Bäcker und Konditoren, Lithographen und Steinbrüder und Schmiede, 14 Brauereiarbeiter, 13 Milchmädchen und Seizer, je 12 Buchbinder und Porzellanarbeiter, je 10 Hutarbeiter, Sattler und Schneider, 9 Steinarbeiter, je 6 Druckereihilfsarbeiter und Textilarbeiter, je 5 Fleischer, Gastwirtschaftlichen und Hausangestellte, je 4 Kupferschmiede, Kürschner, Tapezierer und Töpfer, je 3 Bureauangestellte, und Gärtner, je 2 Blumenarbeiter, Böttcher, Glasarbeiter, Glaser, Handlungsgeliefen und Lagerhalter und je 1 Alpkalbeiter, Bergarbeiter, Dachdecker, Eisenbahner, Steinfeiler und Stukkateur. — In Dresden wohnten 971, außerhalb Dresdens 249 Personen, die sich auf 133 Orte verteilten, darunter: Coschütz 12, Leutewitz 9, Mägeln 8, Leubau 7, Radebeul 6, Obergorbitz 5, Dautzen, Kötzschenbruda, Laubegau je 4, Bischofswerda, Hiesewitz, Gumnitzdorf, Deuben, Gittersee, Gorbitz, Gruben, Jellerau, Lania, Naundorf, Rüdern, Osemwitz, Rähnitz, Schmiedeberg, Weidorf, Zschachwitz je 3 usw. Persönliche Betreuung erfolgte je eine von dem Oberbergsicherungsamt und Landesversicherungsamt. Das Postbuch verzeichnet 88 Eingänge und 162 Ausgänge.

Kaufkäufe im Eisenbahnverkehr.

Im Hinblick auf den herannahenden Schluss der großen Schulferien und den starken Reiseverkehr wird zur Verhütung der sonst unermesslichen Störungen bei den Fahrkartenausgabe- und Gepäckannahmestellen der größeren Bahnhöfe empfohlen, bereits am Tage vor der Abreise die Fahrkarten zu lösen und die Gepäckstücke auszugeben. Weiter sei darauf hingewiesen, daß es sich empfiehlt, die Gepäckstücke fest zu verpacken, gut zu verschnüren und mit Namen und Wohnung des Versenders sowie Namen des Empfängers und der Bestimmungsorte deutlich zu beschreiben, auch im inneren Raume des Gepäckstückes einen Zettel mit gleicher Aufschrift beizulegen, damit bei Abhandlung von der äußeren Verpackung und amtlicher Öffnung des Gepäckstückes sofort ein Nachweis des Eigentümers gefunden und das Gepäck unberührt nachgefordert werden kann.

Ein Versicherungsamt in Dresden. Der Rat macht bekannt: Entsprechend den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung und der Ausführungsbestimmungen ist beim Rate zu Dresden ein Versicherungsamt als selbständige Abteilung für Arbeiter-Versicherung errichtet worden. Geleitlicher Vorsitzender ist der jeweilige Ratsherr, zu dessen Unterstützung für Versorgung laufender Amtsgeschäfte nach Bedarf ständige Stellvertreter bestellt werden. Das Versicherungsamt erledigt in erster Linie alle durch die Reichsversicherungsordnung und ihre Ausführungsbestimmungen

ten ihm ausdrücklich zugewiesenen Obliegenheiten; daneben besorgt es die Geschäfte, die durch die Reichsversicherungsordnung und das Versicherungsamt für Angestellte nebst den zugehörigen Ausführungsbestimmungen der Polizeibehörde oder der unteren Verwaltungsbehörde übertragen sind, sowie die Angelegenheiten in Privatversicherungssachen, deren Erledigung dem Rate gesetzmäßig oder kraft oberbehördlichen Auftrags zufällt. Die Amtsräume befinden sich bis auf weiteres im zweiten Obergeschosse des neuen Rathauses (nächste Zugänge: An der Kreuzkirche 5, Ringstraße 19, Schulgasse 1; Aufwärtiger und Eingangsbureau: Zimmer 301). Auf die Erledigung einzelner versicherungsrechtlicher Angelegenheiten in Zweigstellen des Gewerbeamtes hat die Errichtung des neuen Amtes keinen Einfluss. Für den Fernverkehr ist das Versicherungsamt an die Zentrale im neuen Rathause angeschlossen. Die Amtszeit ist auf die Stunden von 8½ bis 1 Uhr nachmittags und von 3½ bis 7 Uhr nachmittags, für die Sonnabende von 8½ Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags festgesetzt.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten (10 Pf. für je 20 Gramm): Kaiserin Augusta Viktoria ab Hamburg 15. August, Kaiser Wilhelm der Große ab Bremen 20. August, Clebeland ab Hamburg 22. August, George Washington ab Bremen 24. August, Kronprinzessin Cecilie ab Bremen 27. August, Viktoria Luise ab Hamburg 29. August, Kronprinz Wilhelm ab Bremen 3. September, Amerika ab Hamburg 5. September, Prinz Friedrich Wilhelm ab Bremen 7. September, Kaiser Wilhelm II. ab Bremen 10. September. Postschluß nach Anhalt der Frühzüge. Alle diese Schiffe, außer Clebeland und Viktoria Luise, sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Zeitvermerk wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Das Oberbergsicherungsamt (früher Schiedsgericht für Arbeiterversicherung) hat mit dem 1. August seine Geschäftsräume, die sich bis dahin in dem Gebäude der Landesversicherungsanstalt (Direktstraße) befanden, nach dem ehemaligen Kasernenstr. 20, Dresden-Neustadt, 1. Obergeschosse, verlegt und nach mehrwöchiger Pause am Montag seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Es besteht aus vier Spruch- und zwei Berufungskammern. Zum Direktor ist ernannt Oberregierungsrat v. Gottschalk; für Stellvertreter ist Oberregierungsrat Schmidt; ferner sind an das Oberbergsicherungsamt versetzt worden Regierungsrat Dr. Schmidt und Regierungsassessor Stempel.

Die Einwohnerzahl Dresdens betrug nach dem Zählungsergebnis und einschließlich der 4 verlebten Gemeinde Zolkewitz am 1. Juli 1912 559 700.

Kinderbeschaukommission.

4. Kreis. Morgen Mittwoch Babepartei nach Zeitzdorf. Abmarsch früh 8 Uhr ab Bischofsplatz. Reichlich Proviant und 10 Pf. sind mitzubringen.

6. Kreis. Mittwoch 9 Uhr Sitzung im Völkerturm, Ecke Wallwitz- und Klingelstraße, Völkerturm. Das Erscheinen ist Pflicht.

Striesen. Morgen Mittwoch Parteitag in die feste. Proviant und Bräutigeld ist mitzubringen. Treffpunkt 3/4 Uhr Schillerplatz.

Aus der Umgebung.

Postschappel. Morgen Mittwoch, abends 1/8 Uhr, findet im Sitzungssaal des Rathauses öffentliche Gemeindevorberatung statt. Aus der Tagesordnung: Abänderung des Bauabgabengesetzes für die freiwillige Feuerwehr, Bauwesen, Fortschritt des Bauauschusses wegen Revision der Bauten, wegen Anerkennung der Öffentlichkeit eines Fußweges.

Die Kinderbeschaukommission veranlaßt Mittwoch den 14. August einen Ausflug nach Saalhausen. Abmarsch Punkt 1 Uhr von der Schützenwiese. Die Kinder haben Proviant und 10 Pf. mitzubringen. Eltern willkommen. Der Ausflug findet nur bei günstigem Wetter statt.

Kleinnaundorf. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet in Richtiges Bahnhöf eine öffentliche Gemeindevorberatung statt.

Kiebitzhermsdorf. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet in Jahn's Restaurant öffentliche Gemeindevorberatung statt. Die Tagesordnung ist sehr wichtig.

Tharandt. In einer der letzten Nächte staltete ein Dieb der im ersten Stockwerk liegenden Wohnung im Hause des Fleischermeisters Gieseler einen Besuch ab, wobei ihm 107 M. in bar, eine Handtasche, eine Uhrkette und ein Seidengürtel in die Hände fielen. In derselben Nacht ist versucht worden, in das Klempnermeister Weinhold'sche Haus einzubrechen. In diesem Falle konnte der Dieb verdeckelt werden. Der Diebstahl bei Gieseler konnte offenbar durch Einschleichen in die Schlafstube verübt werden.

Gellings-Altenberg. Am Montag früh kurz vor 6 Uhr stürzte auf der Kleinberg-Gellinger Straße ein Dresdner Radfahrer vom Rade und war sofort tot. Der Mann hinterläßt Frau und 3 Kinder. Durch einen Radfahrer, der gleichzeitig mitfuhr, wird uns mitgeteilt, daß dem Verunglückten, der in rasendem Tempo fuhr, die Rette vom Rade sprang. Da auch keine Bremsbremse am Rade angebracht war und infolgedessen zu bremsen nicht möglich war, raste der Fahrer die steile Straße hinab, bis er schließlich bei der nächsten Kurve mit voller Wucht über die Böschung hinunterstürzte. — Der Fall zeigt wieder, mit welcher Unvorsichtigkeit die steilen Straßen des Gebirges befahren werden. Trotzdem an der Straße Warnungstafeln angebracht und auch die vielen Unglücksfälle, die hier schon passierten, bekannt sind, wird häufig wie toll gefahren.

Wetterbericht von der Wetterkammer an der Friedrich-August-Str. vom 13. August, mittags 12 Uhr.

Barometer 745. Veränderlich.
Thermometer + 15° R.
Thermometergraph: Win. + 9°, Regen. + 18°.
Hygrometer 64%
Wasserstand — 55 cm. Wasserhöhe 18° R.

Wagnis der höchsten Ausbrennung

für den 14. August:
Westwinde; wolfig; kühl; zeitweise Regen.

Inhalt
12. Dege
Aufträge
verrichtet
bevor er
weiter er
verfolgt
sich dabur
Jagdgesetz
er den
gelehen b
und sein
Eingehung
erkannt
Angeklagt
vorwärts
nachging
niemen so
werden.
daß der
Zuständig
§ 290 sei
bei sich
ob sie
sprächen.
stufung
dieses g
tragen, d
märe, erf

G
stiefen
wegen d
Bogen f
wurde er
teilt und
geschätzt,
anderen
9. Juli s
sch der
soll. Was
folge des
sich dabei
über Wal
klärung
Kreuzstra
Zut und
Bogenma
ins Gefä
Sch. meh
wurde W
schlag er
und sein.

De
Chemie
glängend
unterer
Gebieten
lungen.
die „effiz
io ist ob
die Wit
organisati
darunter
zahl von
Steigerung
Vorjahre.
die weißt
am 30. Ju
johre ist
Die Ein
8 888 634
auf 8 880
a 5 g e r
gestellten.
burg, wa
Schwarz
sührer Bir
würde. 9
gemeinbe
mitglieder
mitglieder
Ku
sich, daß
m a t e r i
g ä n g e r
Anzahl i
schieden
D
Wahlbere
auch im
arbeit ge
W
weisen.
65 000 ar
Tr
tagtwa
zeichnet
lasse ber
die Reich
entnomm
Campjan

In
den 16.
Debatte
mischen
zu milt
Abgele
Gemein
ein zu
wie an

Gerichtszeitung.

Oberlandesgericht.

Jagdvergehen. Ein interessanter Fall beschäftigte in letzter Instanz den Strafsenat des sächsischen Oberlandesgerichtes. Der kaiserliche Landrat aus Rembe bei Glauchau hatte bei einer am 12. Dezember 1911 auf Oberwiesenthaler Flur veranstalteten Jagd im Auftrage seines Verleiheres, des Fabrikanten Strauß, Treiberdienste verrichtet und bei dieser Gelegenheit einen amorphosen Hasen, der, bevor er zusammenbrach, noch auf das ankommende Oerichsheimer Revier lief, auf dem St. nicht jagdberechtigt ist, mit einem Hunde verfolgt, ihn aufgehoben und dem Untertreuer gebracht. Es lag sich dadurch eine Anklage wegen Vergehens gegen § 295 des sächsischen Jagdgesetzes zu; er hat sich damit verteidigt, daß er den Ort, wo er den Hasen fand, als noch zur Oberwiesenthaler Flur gehörig angesehen haben will. Das Landgericht hat ihm aber nicht geglaubt und seine Verurteilung ausgesprochen. Außerdem wurde auf Eingiehung des zur Verfolgung des Hasen benutzten Hundes erkannt. In der hiergegen eingeleiteten Revision machte der Angeklagte unter anderem geltend, die materiellen Rechtsvorschriften seien verletzt. Er habe den Hund, als er dem Hasen nachging, nur zufällig bei sich gehabt, zum Jagden habe er gar nicht dienen sollen. Infolgedessen könne auch § 295 nicht angewendet werden. Das Oberlandesgericht verwarf das Rechtsmittel. Die Klage, daß der Vorfall nicht genügend festgestellt wäre, sei unbegründet. Tatsächlich habe der Angeklagte undseufzt die Jagd ausgeübt. In § 295 sei bestimmt, daß Hunde, die der Täter bei unehrlicher Jagd bei sich führe, einzuzählen seien, ganz gleich, ob sie sein Eigentum sind, ob sie zur Jagd verwendet wurden und ob sie dem Wild nachsprüngen. — Der Fabrikant, dem es offenbar weniger um die Verurteilung des Arbeiters, als vielmehr um den Verlust des wertvollen Hundes zu tun war, hat auch die Kosten sämtlicher Instanzen zu tragen, d. h. wenn er sie dem Angeklagten, wie es wohl seine Pflicht wäre, ersetzt.

Militärgericht.

Ein robuster Mensch ist der Militärgefängnisse aus dem tiefsten Gefängnis, der zurzeit eine längere Freiheitsstrafe wegen der Gruppe begangener Insubordinationen verbüßt. Wegen seines kühnen Vorgehens und Kameraden gegenüber wurde er bei der Einlieferung der stützlichen Klasse gestellt und mehrfach mit Disziplinarstrafen bestraft; er war allgemein gefürchtet, weil man ihm alles zutraute. Oftmals geriet er mit anderen Anossen des Gefängnisses in Differenzen. Am 9. Juli sollten die Gefangenen zum Spaziergang antreten, wobei sich der Militärgefängnisse Schreiber ins falsche Glied gestellt haben soll. Wals stieg deshalb seinen Kameraden beiseite, legte er sie in Folge des Stöpses gegen die Wand und dann zur Erde und verlegte sich dabei den einen Arm nicht unerheblich. Schreiber beschwerte sich über Wals und den Vorstand des Gefängnisses erbat er nach Abklärung des Sachverhalts die sofortige Verhängung einer fünfjährigen Arreststrafe an. Wegen der Verletzung geriet Wals in eine fürchterliche Zeit und da Schreiber darüber schadenfreudig lachte, erhielt letzterer in Gegenwart des Vorgesetzten von Wals einen derart heftigen Schlag ins Gesicht, daß die Nase blutete, der Nasenrücken bis am Schwoll und Sch. mehrere Tage Schmerzen hatte. Wegen dieses rohen Verhaltens wurde Wals sofort in Einzelhaft abgeführt und aus Wut darüber schlug er in der Helle Wasserkrug, Waschbecken und einen Stuhl kurz und klein. Das Gericht warf 2 Wochen 5 Tage Gefängnis aus.

Parteiangelegenheiten.

Fast eine Million Parteimitglieder.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Chemnitz wird in den nächsten Tagen veröffentlicht. Hat schon der glänzende Ausfall der Reichstagswahlen das unaufhaltsame Wachstum unserer Partei darzulegen, so zeigt der Vorstandsbericht auf allen Gebieten der Partei erfreuliche Fortschritte. Ist es auch nicht gelungen, den vier Millionen sozialdemokratischen Reichstagswähler die erste Million organisierter Mitglieder der Partei zuzuführen, so ist es der regen Werbetätigkeit der Parteigenossen doch gelungen, die Mitgliederzahl erheblich zu erhöhen. Die Kreisorganisationen zählten am 30. Juni d. J. 970 112 Mitglieder, darunter 190 871 weibliche. Da das Verjahr mit einer Mitgliederzahl von 838 502, darunter 107 698 weibliche, abschloß, ist eine Steigerung von 13,9 Proz. zu verzeichnen, gegen 18,1 Proz. im Vorjahre. Die männlichen Mitglieder vermehrten sich um 15,2 Proz., die weiblichen um 21 Proz.

Unter Finanzrechnung der Gleichheit verlegte die Parteipresse am 30. Juni 1912 über 1 478 042 Abonnenen. Gegenüber dem Vorjahre ist das eine Zunahme an Abonnenten von 171 577. Die Einnahmen aus Abonnement sind von 7 840 718 M. auf 8 888 834 M. und die Einnahmen aus Inseraten von 5 858 302 M. auf 6 880 496 M. gestiegen.

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ist im Laufe des Berichtsjahres um 98 auf 224 gestiegen. Keine Vertreter haben wir außer in den beiden Mecklenburg, wo es keine getrennten Landtage gibt, nur in Braunschweig, Schwarzburg-Sonderhausen, Waldeck und Rhenl. a. L.

Weit die Partei die Gemeindepolitik in den Bereich ihrer Wirksamkeit gezogen hat, schreitet sie auch hier erfolgreich vorwärts. Die Partei hat jetzt in 470 Städten 2331, in 2690 Landgemeinden 7693 Vertreter; außerdem in 50 Städten 104 Magistratsmitglieder und in 157 Landgemeinden 204 Gemeindevorstandsmitglieder.

Aus den Kapiteln „Agitation“ und „Reichstagswahlen“ ergibt sich, daß der Parteivorstand umfangreiche Agitationsmaterialien zu allen wichtigen politischen Vorgängen herausgegeben hat. Außer dem Handbuch und einer Anzahl von Broschüren sind zur Reichstagswahl allein 65 verschiedene Flugblätter zur Verbreitung angeboten worden.

Die Tätigkeit des Bildungsausschusses ist durch die Wahlbewegung erheblich befristet worden. Nichtsdestoweniger ist auch im letzten Jahre eine umfangreiche und planmäßige Bildungsarbeit geleistet worden.

Auch die Jugendbewegung hat gute Fortschritte aufzuweisen. Die Zahl der Abonnenen der Arbeiter-Jugend ist von 65 000 auf 80 100 gestiegen.

Trotz der großen finanziellen Aufwendungen für die Reichstagswahlen kann der Massenabschluß nicht als ungünstig bezeichnet werden. Für die Wahlen sind 910 000 M. von der Zentralkasse verausgabt. Das ist fast doppelt so viel als im Jahre 1907 die Reichstagswahlen erforderten. Den Reserven sind 233 000 M. entnommen worden.

So kann die Partei mit Stolz auf das hinter ihr liegende Kampfsjahr zurückblicken.

Aus den Parteioorganisationen.

In der dritten Generalversammlung der Parteioorganisation für den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis (Chemnitz) wurde die Debatte über den Parteitag fortgesetzt. In der zum Teil recht hitzigen Auseinandersetzung wurde beantragt, das Stichwahlkommen zu mildern. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag, der vom Parteitag verlangt, die Genossen aufzufordern, aus der Kirche auszutreten und mit der Religion zu brechen. In der Diskussion darüber kam zum Ausdruck, daß wie an dem Tag im Programm, Religion ist Weltanschauung, festhalten.

Der Zentralwahlverein für den 18. hannoverschen Wahlkreis und Bremerhaven (See-Seefermünde-Neubau-Osterdorf), die frühere Domäne Dieberich haben, nicht auf ein ebenso arbeits- wie erfolgreiches Jahr zurück. Die Zahl der Ortsvereine konnte um 5 auf 16 vermehrt werden. Die Mitgliederzahl liegt um 2557 auf 6246 Mitglieder; davon sind 5018 Männer und 1228 Frauen. Die Abrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 25 947,81 M. ab. Von der Hamburger Partei wurde die schriftliche und mündliche Agitation und Organisationsarbeit im Wahlkreis durch Zuwendung von 2804,25 M. und Stellung dieser Mejerenten unterstützt. Das Ganze gibt ein erfreuliches Bild eger Parteiarbeit in dem schwierig zu bearbeitenden ausgedehnten Landgebiet von Marisch und West, Moor- und Seeland zwischen der Weser- und Elbmündung. Jetzt ist dieser Wahlkreis, der früher die Hochburg Bennigens und dann die Domäne eines Dieberich Bahn war, so besetzt, daß er bei weiterer gleich intensiver Arbeit bei der nächsten Wahl für die Sozialdemokratie erste- reif erscheint.

Die Läden der Parteigenossen beschäftigten sich am Dienstagabend mit dem Chemnitzer Parteitag. Nach langen Debatten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 6. August folgende Versammlung der Läden Parteimitglieder hält die Schaffung eines Parteiausschusses weder für zweckmäßig noch für notwendig. Sie lehnt auch den vom Genossen Deebour beantragten Antrag und die von den Bremer Genossen vorgeschlagene Körperschaft aus den Stützorten und Industriegebieten ab. Die jetzt bestehende Einrichtung der Bezirks- und Landesvorstandskonferenzen — die bei allen wichtigen Fragen zu hören sind — erscheint geeigneter, die Stimmung der Parteigenossen im Lande der Parteileitung zu übermitteln, als der von der Reorganisationskommission gemachte Vorschlag. Die Versammlung spricht sich sowohl gegen die Festsetzung höherer Mindestbeiträge für die männlichen als auch insbesondere der weiblichen Mitglieder aus, da durch die Beitragserhöhung der letzteren in der Hauptsache deren Ehrenämter, die Parteigenossen sind, doppelt mehr belastet würden. Endlich hält die Versammlung eine Teilübertragung der Reichstagsfraktion anstatt des bisherigen Rechts der Reichstagsabgeordneten, an den Parteitag teilzunehmen, nicht für richtig, da der damit beabsichtigte Zweck — ganz abgesehen davon, ob er erstrebenswert erscheint — doch nicht erreicht würde. In der Debatte wurde dann noch darauf hingewiesen, daß durch den vorgeschlagenen Parteiausdruck der Parteitag wieder um 32 stündige Teilnehmer verläßt würde. Das Stichwahlkommen des Parteivorstandes wurde gutgeheißen. Zwei Redner beschäftigten sich dann noch mit dem Sonderparlamentarismus, zu deren Genosse Stellung folgenden Antrag gestellt habe: „Der Parteitag beschließt auf das entschiedenste die Abhaltung besonderer Zusammenkünfte von Parteitagdelegierten der einen oder anderen Richtung sowie die Arrangierung von Sonderzusammenkünften eines Teiles der Reichstagsfraktion. Er erdhlt darin ein die Einheit der Partei sowie getrenntes Verhalten. Der Parteitag spricht die bestimmte Erwartung aus, daß derartige Sonderzusammenkünfte fernherhin unterbleiben.“ Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Hierauf wurde der bestimmte Antrag der Arbeiterabteilungen — soweit er die Aufrechterhaltung resp. Erneuerung des Schmarothentums auspricht — angenommen, soweit er aber die Nichtaufnahme von Alkohol-Inserten in die Parteipresse und das Ausschließen von Spirituosen für die Parteimitglieder vorseht, wurde er abgelehnt. Zwei Anträge, die Delegiertenmahlen zum Parteitag einzeln zu regeln und der Fraktion zur Pflicht zu machen, mit mindestens drei Viertel ihrer Mitglieder an den Reichstagsfraktionen teilzunehmen, wurden abgelehnt. Es wurden dann drei Delegierte gewählt und als eventuelles Mitglied für den Parteiausdruck — falls dieser beschloffen werden sollte — der Vorsitzende, Genosse Schmidt, vorgeschlagen.

Zur Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie

Die am 31. August in Heilbronn zusammengetretten, veröffentlicht der Landesvorstand die eingelaufenen Anträge. Die Göttinger Genossen beantragen, die Zahl der Delegierten künftiger Landesversammlungen auf 250 zu begrenzen und diese 250 Delegierten nach Wahl der Mitgliederzahl auf die Wahlkreise zu stellen. Innerhalb der Wahlkreise sollen die Ortsvereine, auf die ein- oder mehrere Delegierte entfallen, selbständig, die kleineren Ortsvereine gemeinsam ihre Delegierten durch Urabstimmung wählen. Wahlkreise, die nach ihrer Mitgliederzahl keinen Delegierten beanspruchen können, sollen trotzdem einen bekommen. Die Reichs- und Landtagsabgeordneten, die Mitglieder des Landesvorstandes, des Landesauschusses, der Reorganisationskommission, der Geschäftskleitung der Schindlerschen Tagewacht, die Landessekretäre und Webaktoren sollen nur beratende Stimme haben. Ein Antrag Heilbronn will, daß bei den Abstimmungen auf den Landesversammlungen die Zahl der von den Delegierten vertretenen Mitglieder zugrunde gelegt werde. Zur Hebung der Parteipresse sind mehrere Anträge gestellt. Ein Antrag Ulm will die Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung der Parteimitglieder Württembergs dem Landesvorstand übertragen, über Beschwerden den Landesauschluß in letzter Instanz die Landesversammlung entscheiden lassen. Ein Eventualantrag Ulm will eine Reorganisationskommission, die von allen an der Befahrung des politischen Teils der Tagewacht (den drei Provinzialblätter beziehen) interessierten Parteigenossen gewählt werden soll, und zwar sollen auf den 1. Wahlkreis drei, auf den 2. zwei, auf den 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10. und 14. Wahlkreis je ein Mitglied entfallen. In derselben Richtung bewegt sich ein Antrag Göttingen, der jedoch den Landesvorstand zwei, den Landesauschluß ein Mitglied in die Reorganisationskommission wählen lassen, den 7., 8. und 9. Wahlkreis dagegen unterteilen lassen will. Während aber der Ulmer Antrag eventuell alle württembergischen Parteimitglieder dieser Reorganisationskommission unterstellen will, soll je nach dem Göttinger Antrag nur für die Schindlersche Tagewacht zuständig sein; hier aber auch zugleich über die Aufstellung des Personalentscheidenden und zwar ohne Mitwirkung des Landesvorstandes. Ein weiterer Antrag Göttingen verlangt, daß die Landesvorstandsmitglieder zur Landespropaganda von den Delegierten der Parteigenossen der zwei Wahlkreise getrennt aufgestellt werden. Eine Reihe von Anträgen bezieht sich auf die Frauenorganisation und -organisation. Es wird die Schaffung einer Frauenagitationskommission und die Anstellung einer Sekretärin gefordert. Auch ein Bildungsausschluß für ganz Württemberg soll gegründet werden. Ferner werden Detailwünsche mit Bezug auf die Landtagsfähigkeit geäußert. Endlich macht eine Resolution des Jugendauschusses für ganz Württemberg allen Parteigenossen zur Pflicht, ihre Kinder der Jugendorganisation zuzuführen.

In der Debatte über die Eisenacher Sonderkonferenz

Ist mehrfach die Behauptung aufgestellt worden, daß auch die sächsischen Reichstagswahlen Sonderfragen beanhalten hätten. Im Bericht der sächsischen Landtagsfraktion an den jüngsten Landstäter Parteitag findet sich darüber folgende Mitteilung:

„Nach einer Bestimmung allgemeiner parteipolitischer Natur: Es wurde wiederholt beantragt, daß in Konstantin eine Zusammenkunft der sächsischen Fraktionen stattgefunden habe, auf der zum deutschen Parteitag Stellung genommen worden sei. Ferner wurde behauptet, daß von dieser Konferenz Fraktionskollegen ausgeschlossen bzw. nicht verständigt worden seien. Es war in Konstantin eine rein gefällige Zusammenkunft der Oesterreicher, der Schweizer, der Württemberger, der Badener, der Wäfler und der bairischen Abgeordneten verabredet. Zur Teilnahme wurde zweimal in der Fraktionsung eingeladen, die Beteiligung war freigestellt. Alle anderen Meldungen gehören in das Reich der Fabel.“

Dieser Bericht ist auf dem Parteitag vorgelegt worden und gänzlich unangefochten geblieben. Danach wird man in Zukunft diese Darstellung der bairischen Landtagsfraktion als Tatsache zu achten haben.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Verband der Lithographen und Steinbrucker im Jahre 1911.

Während das Jahr 1910 infolge der Abwanderung vieler Genossen in andere Berufe oder ins Ausland mit einem Mitgliederverlust abschloß, ist der Mitgliederbestand im Jahre 1911 wieder gestiegen, und zwar von 16 723 auf 17 062, also um 339. Da die Zahl der nur den Unterstufenklassen angehörenden und für den Verband als Gewerkschaft nicht in Betracht kommenden Gastmitglieder von 1002 auf 922, also um 80 sank, ist die Steigerung der Zahl der gewerkschaftlichen Vollmitglieder entsprechend größer als die Steigerung der absoluten Mitgliederzahl; sie betrug 1911: 16 170 gegen 15 721 am Anfang des Jahres und liegt somit um 449. Von der Gesamtzahl der Mitglieder waren 17 084 männliche und 9 weibliche. — Die neben dem Verbands bestehende Lehrlingsabteilung ging 1911 von 3065 auf 2729, also um 296 Mitglieder zurück, was hauptsächlich auf die Verringerung der Lehrlingszahl an sich zurückzuführen ist, die sich als Folge der in der hiesigen großen Arbeitslosigkeit erkennbaren Ausichtslosigkeit des Lithographen- und Steinbruckerberufs für seine Angehörigen bemerkbar macht.

Wegen des großen Streik- und Aussperrungskampfes, der Ende September 1911 einsetzte, bis weit in das Jahr 1912 währte und mehr als ein Viertel aller Mitglieder in Willkürhaftigkeit oder außerordentlich hohe Anforderungen an die Kosten des Verbandes gestellt. Die Jahreseinnahme betrug 1 563 379 M., die Jahresausgabe 1 722 477 M., eine Mehrausgabe von 219 097,81 M., um die sich das Verbandsvermögen von 843 547 M. am Anfang auf 724 449 M. am Schluß des Berichtsjahres verringerte. Der Verband verausgabte u. a. für: Genossenschaftsunterstützung 7417 M., Rechtschutz 1899 M., Unzulagekosten 19 198 M., Reiseunterstützung 24 076 M., Arbeitslosenunterstützung 127 526 M., Kranfengeld 229 338 M., Invalidenunterstützung 113 051 M., Witwenunterstützung 64 990 M., Stempelgeld 14 084 M., insgesamt 601 359 M. Die Ausgaben für Streik- und Aussperrungskämpfe beliefen sich infolge des erwähnten großen Kampfes im Jahre 1911 auf 955 639 M., also nahezu auf eine Million Mark.

Im Berichtsjahre fanden in 103 Orten insgesamt 85 Wohnbewegungen statt, die sich über 372 Betriebe und 5634 beteiligte Genossen erstreckten. 76 Bewegungen mit 1287 Beteiligten verliefen ohne Kampf; acht Bewegungen mit 91 Beteiligten waren Angriffskämpfe, während die letzte Bewegung, die in einigen Orten als Angriffskampf begann, zur Aussperrung in einer Reihe anderer Orte führte, so daß sie allein im Laufe ihrer Entwicklung 4548 streikende oder ausgesperrte Genossen umfaßte. Da dieser letzte große Kampf am Jahresabschluss noch nicht beendet war, kann über die Erfolge der Arbeit des Verbandes für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur ein auf die langwierigen Lohnbewegungen und die nicht keinen Angriffskämpfe bezüglichen Teilerfolge veröffentlicht werden. Durch diese Bewegungen erzielte der Verband für 456 Personen 1133 Stunden Arbeitszeitverlängerung, für 745 Personen 1044 M. Lohnverhöhung und für 582 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, so daß also auf jede an der Arbeitszeitverlängerung beteiligte Person annähernd 2 1/2 Stunde und auf jede an der Lohnverhöhung beteiligte Person 1,40 M. wesentlich im Durchschnitt entfielen. Einen erheblichen Heberbelld über die Ergebnisse der rein gewerkschaftlichen Arbeit des Verbandes im Jahre 1911 wird man erst erhalten können, wenn auch die Ergebnisse des letzten großen Kampfes im Lithographie- und Steinbruckerberufe statistisch erfasst und verarbeitet sein werden.

Kolled.

Blumenarbeiterinnen.

Bei der Firma Schiller u. Koch, Schmied, die auch in Dresden eine Filiale auf der Schönebergstraße hat, ist eine größere Anzahl Arbeiter gemahregelt worden, weil sie den Versuch machten, in friedlicher Weise die Arbeitsbedingungen zu verbessern und durch Verhandlungen zu beistimmen.

Die Arbeiterkassette wird ersucht, bei dieser Firma Arbeit nicht anzunehmen. — Näheres im Verband der Blumenarbeiter, Schmied, Emil Weißhof, Vertrauensmann; für Dresden: Frau Ernestine Ruge, Vertrauensperson, Obergarten 21, 4.

Inland.

Die katholischen Arbeitervereine „Sitz Berlin“

Die katholischen Arbeiterorganisationen nach dem Herzen der Wahrung Lippendorfs-Kooren darstellen und deren Fachabteilungen die Genossenschaften ergeben sollen, werden in der Nummer 16 des Zentralblattes der katholischen Genossenschaften Deutschlands einer denkwürdigen Kritik unterzogen: Trotz anstandslos wachsenden Reiches mit dem Sitz in Berlin angehörenden Einzelvereine ist die Mitgliederzahl seit drei Jahren auf etwa 128 000 stehen geblieben, die Einnahmen und Ausgaben dagegen haben sich erheblich vermindert. Der Verband hat sich gezwungen gesehen, bei den Fachabteilungen eine Erschwerung des Bezugs der Unterstützungen einzuführen zu lassen, wodurch die Unterstützungen von 325 000 M. im Jahre 1910 auf 254 000 M. im Jahre 1911 zurückgegangen sind. Der Artikel, der von dem Berliner Vorsitzenden des katholischen Genossenschaftsvereins, J. Weder, verfaßt ist, behauptet, daß der Berliner Verband ohne seine Stützvereine nicht zusammenhalten sein würde, da sehr viele Vereine die Mitgliedschaft nur deshalb nicht aufhoben, weil damit zugleich die Anwartschaft auf die Stützvereine verloren ginge. Sie würden aber bald erkennen müssen, daß diese Stützvereine gar nicht mehr ziffernmäßig seien: Die Einnahmen liefen seit 1908 eine rückläufige Bewegung auf, während die Ausgaben anwachsen ließen. Die Frauenvereine siehe insbesondere bereits vor dem Bankrott. Weiter behauptet der Artikel, daß von den über 100 000 Arbeitervereinsmitgliedern der Gattung „Sitz Berlin“ kaum 10 000 den Fachabteilungen angegeschlossen seien. Die Einnahmen der Fachabteilungen seien von 228 000 auf 154 000 M. von 1910 auf 1911 gefallen, die Ausgaben von 227 000 auf 127 000 M. Das letztere sei ein Waid für die Gesamtvermögensbildung in 1911 gewesen, „da sonst schon in diesem Jahre die öffentliche Meinung sich nicht mehr hätte beruhigen lassen“. Wenn schließlich der Artikelschreiber den Mitglieder- und Vermögenszahlen der katholischen Fachabteilungen die Zahlen der katholischen Genossenschaften gegenüberstellt, so geriet die Konfusion, daß man wiederum den Zahlen der katholischen Organisationen die Willkommenszahlen und Riefenfinanzen der freien Genossenschaften entgegenstellt, woraus sich dann gegenüber den freien Genossenschaften die gleiche Bedeutungslosigkeit der katholischen Verbände ergibt, die das christliche Zentralblatt den katholischen Fachabteilungen nachweist.

Wahrung, Metallarbeiter!

In dem Brennabor-Werke in Brandenburg war im Automobilbetriebe in der vorigen Woche ein Streik ausgebrochen, weil die Firma zwei entlassene Arbeiter nicht wieder einstellen wollte. Das Ansehen der Firma, daß während des Streiks Arbeiter aus anderen Betrieben die Arbeit der Ausständigen verrichten sollten, wurde von den Arbeitnehmern zurückgewiesen. Die Firma sperre darauf gestern abend ihre sämtlichen 3000 Arbeiter aus.

Keine Aussperrung in Brünn!

Am Sonnabend haben unter Teilnahme des Statthalters (Oberpräsidenten) von Mähren, Freiherrn v. Welches, nachmals Verhandlungen stattgefunden, die damit endeten, daß die Separatisten ihre neuen Forderungen zurückzogen und sich verpflichteten, dafür zu sorgen, daß auch in den befreiten drei Fabriken am Sonntag die Arbeit aufgenommen werde. Danach sollen die durch das Vergehen der Separatisten unterbrochenen Verhandlungen über die feinerzeit gestellten Forderungen fortgesetzt werden.

Eine Lohnbewegung der Schiffbauarbeiter.

L. K. In England droht der Ausbruch eines neuen Schiffbauarbeiterstreiks, aber diesmal nicht von den gemeinen Seeleuten oder Oasen.

arbeiten, sondern von den höchsten Stellen der Schiffsindustrie. Vor einigen Monaten wurde unter dem Namen 'Nationale Union der Schiffskapitäne und Schiffamerdeuten' eine Organisation der Schiffsoffiziere gegründet, die im Gegensatz zur bestehenden Vereinigung der Schiffsoffiziere eine auf modernen Grundgedanken aufgebaute Gewerkschaft sein wollte. (Die Bezeichnung 'national' hat in England keinen patriotischen Beigeschmack, sondern bezeichnet nur einen Gegenstand als provinziell und nicht ausdrücklich, daß sich die Organisation auf das ganze Land erstreckt.) Diese neue Organisation hat jetzt ihre Forderungen an die Reederei gestellt und sie geteilt, daß, falls sie nicht bewilligt würden, nächste Woche auf einem nicht näher bezeichneten Schiff der Streit ausbrechen werde. Später soll auf anderen einzelnen Schiffen getreift, dagegen die Stilllegung des Verkehrs ganzer Häfen veranlassen werden. Die Lohnforderungen sind: für Schiffe von 3000 bis 5000 Tonnen Gehalt monatlich 25 Pfund Sterling für Kapitäne, 14 Pfund für erste, 12 Pfund für zweite und 10 Pfund für dritte Offiziere; auf Schiffen von über 5000 Tonnen 30 Pfund für Kapitäne, und 15, 18 und 11 Pfund für Offiziere. Ferner 2 Schilling die Stunde für Heberstunden. Die geforderte Lohnsteigerung betrug etwa 30 Prozent.

Der Führer der Gewerkschaft, Macfarlane erklärt, daß die Schiffsoffiziere in ihrem Kampf der tätigen Sympathie der Organisation der Seeleute und Heizer bedürftig sind. Die Seeleute werden nicht nur um Lohnsteigerung, sondern auch um bessere Rettungsbedingungen und bessere Besatzung kämpfen.

Die spezifischen Vergarbeiter und das Minimallohngesetz.

L.K. London, 8. August.

An der Jahreskonferenz des Schottischen Vergarbeiterverbandes, die gestern in Edinburgh eröffnet wurde, machte Genosse Robert Smillie, Präsident des Verbandes, die folgenden Ausführungen über die Wirkungen des Minimallohngesetzes:

Mit dem Minimallohngesetz, sagte Smillie, haben die Vergarbeiter bis zu einem gewissen Grade, wenn auch nicht vollständig, das erreicht, wofür sie im Nationalstreik kämpften, aber gegenwärtig ist es noch ganz unmöglich, ein gerechtes Urteil über den wirklichen Wert des Gesetzes abzugeben. Es hat sich bereits herausgestellt, daß die Streikenden in einigen Distrikten alles daran setzten, die Durchführung des Gesetzes im beschriebenen Geiste zu verhindern. Manche Unternehmer haben den Arbeitern die ihnen laut dem Gesetz zukommenden Lohnrückstände vorzuenthalten, so daß die Organisation einbrechen mußte.

Die ernsteste Beschwerde ist aber die, daß die organisierten Streikenden von Schottland auf die Arbeiter einen Druck ausüben, damit sie konformistisch auf die Vorteile des Minimallohngesetzes verzichteten. In manchen Distrikten werden die Arbeiter unter der Drohung der Entlassung, die in vielen Fällen auch nach der Vertreibung aus der Wohnung zur Folge hat, zu einer solchen Umgehung des Gesetzes gezwungen. Die Führer der Vergarbeiter haben sich mit dieser und anderen Beschwerden an den Ministerpräsidenten gewandt. Seine Antwort, die im wesentlichen vom Handelsminister wiederholt wurde, war erlaunlich. Sie lief darauf hinaus, daß es die Pflicht der Organisationen sei, ihre Mitglieder gegen ein solches Vorgehen der Unternehmer zu schützen. Aber das Minimallohngesetz ist doch gerade zu dem Zwecke geschaffen worden, um Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern beizulegen, und es, Smillie, glaube nicht, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, über die Durchführung einer Parlamentsakte zu wachen. Das ist die Pflicht der Regierung. Wenn die Regierung diese Pflicht verkennt, dann wird den Gewerkschaften freilich nichts anderes übrig bleiben, als die Sache in ihre eigenen Hände zu nehmen, und die Regierung könnte sich eines Tages in derselben Situation befinden, wie die, die sie zur Einführung des Minimallohngesetzes gezwungen hat. Hoffentlich werden die Unternehmer es nicht dazu treiben. Viele Streikenden haben denn auch ihre Pflicht getan und das Gesetz in billiger Weise durchgeführt.

Smillie brückte die Überzeugung aus, daß das Minimallohngesetz trotz aller dagegen gerichteten Kritik den Vergarbeitern dauernde und sehr wichtige Vorteile bringen werde. Wahrscheinlich wird sich bei den Unternehmern die Meinung geltend machen, weniger ungelernete Arbeiter zu beschäftigen, weil das Minimallohngesetz diese Arbeit verteuert. Aber es wird jedenfalls noch einige Zeit dauern, bevor die Arbeiter die vollen Vorteile des Gesetzes genießen werden. Inzwischen müßte dahin gewirkt werden, die bekannt gewordenen Mängel des Gesetzes durch Amendments zu beseitigen. Die Kämpfe haben die Arbeiter einen Schritt näher zur Vertastung des Gesetzes gebracht. Die Vergarbeiter werden eine Reihe von Demonstrationen über diesen Gegenstand im ganzen Lande veranstalten, darauf eine Vorlage zur Verhaftung der Streikenden im Parlament einbringen und auf die Regierung einwirken, damit sie sich diese Vorlage zu eigen macht.

9. Bundestag des Arbeiter-Radfahrbundes Solidarität.

k. Dresden, 12. August.

Zweiter Verhandlungstag.

Die heutige Sitzung beginnt mit der Entgegennahme des Vorstandberichts.

Den Fischer-Offenbach a. M. gab. Er verweist auf den schriftlichen Bericht, von dem wir bereits einen Auszug drachten, und ersucht diesen in einigen Punkten. Zunächst ging Fischer auf die Beschlüsse des letzten Bundestages ein. Die Beschlüsse auf Beitragserhöhung und Erhebung von Kaufbonddarlehen hätten einen kleinen Sturz der Unzufriedenheit in einigen Kreisen erheben lassen. Im Mai 14 sei diese Unzufriedenheit durch irreführende Veröffentlichungen der Chemnitzer Delegierten so stark geworden, daß ein Teil der Mitglieder ausgetreten sei. Die Beschlüsse wurden aber bald wieder bestätigt. Weder bittet, über die Chemnitzer Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen. Die Beitragserhöhung wäre weniger auf Widerspruch gestossen als die Erhebung von Kaufbonddarlehen. Der Bundestag habe nun anzupacken, was mit den Mitgliedern zu geschehen hat, die sich weigern, diesem Beschluß nachzukommen. Erklärte müsse auch werden, daß allen Beschlüssen des Bundestages Rechnung getragen werden muß. — Der Kampf der Behörden gegen den Bund sei im schriftlichen Bericht ausführlich geschildert worden — das Wichtigste ist von uns im Vorbericht wiedergegeben —; hatz vor der Weisung zu dem Bundestag habe der Vorstand noch die Nachricht erhalten, daß bei einem Bundesfunktionär sogar Hausdurchsuchung vorgenommen worden sei. Man biete alles auf, um dem Bunde Schaden zuzufügen. Dieser machte und gebiete aber trotz all dieser Bekämpfung auszuhalten. Der Bund sei in die Breite gegangen, die innere Aufklärung habe aber damit nicht Schritt gehalten. Der Vorstand schlage darum vor, im Hauptbureau ein Archiv mit einem besonderen Beamten einzurichten. Der Archivist habe dann in bestimmten Zeitabschnitten Material an die Funktionäre zu versenden, um diese über alles auf dem Laufenden zu halten. — Der Vorstand glaube — so betonte Fischer zum Schluß — seine Pflicht in der Geschäftsperiode getan zu haben. Er bitte um eine sachliche Kritik.

Den Kassierbericht erstatteten die Kassierer Zimmermann und Sach-Offenbach a. M. In der Berichtsperiode seien hohe Anforderungen an die Bundeskasse gestellt worden. Die Unterhaltungskosten hätten sich wesentlich erhöht. Die Kaufbonddarlehen waren noch sehr zahlreich. Die meisten Zahlungen seien mit solchen noch belastet. Daß die Beitragserhöhung nur zum Segen des Bundes gewesen sei, haben wir nun wohl alle Mitglieder überzeugt. (Zustimmung.) Die Kassierer gingen dann auf die Abrechnung näher ein. Die wichtigsten Zahlen haben wir schon gebracht.

Das unbesoldete Vorstandsmitglied Erich-Offenbach ergänzte kurz die Ausführungen der Kassierer. Er tritt besonders für die Einrichtung eines Archivs zur Sammlung und Verfertigung von Material ein.

Den Ausschussbericht gab Müller-Dresden. Die vom Ausschuss erledigten Angelegenheiten haben kein Allgemeininteresse. Die Debatte über die Geschäftsberichte war ausgefallen. Es wurden in ihr viele rein betriebliche Angelegenheiten besprochen, aber mangelhafte Materialzustellung usw. gelagert. Von der Weisung der Redner wurde der Vorstandbericht günstig aufgenommen, einige Delegierte schlugen aber auch scharfe Töne an. Die Redner gaben eine Bild beherdlicher Schifflanten in einzelnen Orten. Mit der vom Vorstand vorgeschlagenen Errichtung eines Archivs erklärten sich die Delegierten einverstanden. Der anzustellende Beamte solle aber nicht jetzt auf dem Bundestag gewählt, sondern die Stelle solle ausgeschrieben werden. Auf die Kaufbonddarlehen, von denen laut Beschluß des letzten Bundestages jedes Mitglied 2 Stück à 50 Pf. zu nehmen hat, gingen die meisten Redner ein. Ein Teil wünschte, daß der Termin der Zurückzahlung — der dem letzten Bundestag für 1914 angelegt wurde — bis 1916 hinausgeschoben wird. Das Geld solle dem Geschäft noch länger erhalten bleiben. Von anderer Seite wurde dagegen betont, ein beträchtlicher Beschluß würde bei den Mitgliedern auf großen Widerspruch stoßen. Man müsse versuchen, die Mitglieder zu bewegen, freiwillig das Geld im Geschäft zu belassen. In verschiedenen Vereinen hätten die Mitglieder bereits erklärt, überhaupt auf die Rückzahlung zu verzichten.

Von den einzelnen Ausführungen der Redner haben wir hervor: Vorz. Müller erklärte sich mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Bezüglich der Kaufbonddarlehen meinte er, man könne nicht beschließen, die die Marken nicht genommen haben, auszuschließen. Man müsse versuchen, die Mitglieder auf dem gemeinsamen geistlichen Gebiete mehr aufzuklären.

Selbst-Mündeln hätte gewünscht, daß der Vorstand eine energiegeladene Haltung in der Frage der Kaufbonddarlehen eingenommen hätte. Die Beschlüsse des Bundestages müßten unter allen Umständen eingehalten werden.

Heimke-Herford hält die Schaffung eines Archivs für sehr gut. Es sei von größter Wichtigkeit, daß die leitenden Personen in den Hauptstellen Material zur Verfügung gestellt bekommen, um die Agitation erfolgreich gestalten zu können. Der Redner wirft dann die Frage auf: Was soll mit diesen Mitgliedern geschehen, die die Kaufbonddarlehen nicht nehmen? Wenn diese Frage nicht dahin entschieden werde, daß die Marken bezahlt werden müssen, dann würde man mit vielerlei Maß messen. Der Beschluß müsse von sämtlichen Mitgliedern eingehalten werden. Die Zurückzahlung der Kaufbonddarlehen müsse nach dem Beschluß des letzten Bundestages 1914 erfolgen. Wenn man jetzt beschließt, die Marken bis zu diesem Termin nicht zurückzahlen, werde dieser Beschluß wieder eine Zustimmung der Mitglieder herbeiführen. Es bleibe aber ein Weg übrig, dem Fahrradhaus Freisch auf das Geld zu erhalten. Die Mitglieder müßten dahin ausgeführt werden, daß sie dem Geschäft das Geld freiwillig zur Verfügung stellen.

U. v. Nürnberg fragt über mangelhafte Materialzustellung durch das Hauptbureau. Mit der Errichtung eines Archivs ist er einverstanden. Der Archivist solle aber nicht auf dem Bundestag gewählt, sondern die Stelle solle ausgeschrieben werden. Den Funktionären müsse nicht nur allgemeines Material zugestellt werden, sie sollten auch über die wichtigsten Angelegenheiten, mit denen sich der Vorstand beschäftigt, unterrichtet werden.

R. v. Hamburg kritisiert sehr scharf, daß der Vorstand auch zu Konferenzen Vertreter sandte. Dadurch würde das Geld des Bundes verpulvert.

Präsident-Dudau: Bei den Ausführungen einiger Redner bekam man das Gefühl, als ob diese nicht Kritik übten, um Mitglieder zu fernhalten und ihre Abstellung herbeizuführen, sondern kritisierten, um eben kritisiert zu haben. Das trifft besonders auf Koch zu. Dieser sagte, der Vorstand habe Bundesglieder verpulvert, das heißt also, er habe unser Geld leichtfertig ausgegeben. Das zu beweisen, wird Koch sehr schwer sein. Manche Redner sind in der Wahl ihrer Worte zu weit gegangen. — Bezüglich der Kaufbonddarlehen hätte der letzte Bundestag weiter gehen müssen. Durch dieses Geld sollte doch das geistliche Material der Unternehmern dauernd lebensfähig erhalten werden. Die Genossen, die ein Interesse daran haben, können doch nichts dagegen haben, wenn die wenigen Groschen (2 Marken à 50 Pf.) noch länger im Geschäft bleiben. Bei diesen Mitgliedern fehlt außerdem noch der Begriff, den unser Name 'Solidarität' in sich trägt. — Die Einrichtung eines Archivs ist eine Notwendigkeit. Daniel-Stenhal ist der Ansicht, daß, wenn man heute kommt und sagt, die Kaufbonddarlehen werden erst 1916 zurückgezahlt, man den gleichen Sturm erleben würde, wie nach dem Frankfurter Bundestag. Es müsse versucht werden, die Mitglieder zu bewegen, das Geld freiwillig im Geschäft zu belassen. Verschiedene Vereine haben man jetzt schon zu überzeugen, in denen die Mitglieder erklärt haben, auf die Zurückzahlung überhaupt zu verzichten.

Nachdem 22 Redner zu Worte gekommen waren, wurde ein Schlusssatz angenommen.

In den Schlussworten gingen die Referenten auf die von den Delegierten kritisierten Punkte ein.

Einstimmig nahm dann der Bundestag den Antrag des Vorstandes an Errichtung eines Archivs und Anstellung eines Beamten hierfür an.

Ein Beschluß über die Kaufbonddarlehen soll erst bei Erörterung der Verhältnisse des Fahrradhauses Freisch auf gefaßt werden.

Die Verhandlungen wurden dann auf Dienstag vertagt.

Neues aus aller Welt.

Das Erdbebenunfall in der Türkei.

Konstantinopel, 12. August. Augenzeugen geben folgende Einzelheiten über die Schäden des Erdbebens: In den verschiedenen Städten in den Barbanelen sind alle Gebäude am Meer zerstört worden. In Rhodos wurden zehn Personen verunndet und viele Häuser zerstört oder beschädigt. In Galata der Bosphorus sind viele Häuser eingestürzt. In Galipoli wurden viele Minarets und zwanzig Häuser in Trümmer gelegt und andere beschädigt. In Scharbey sind alle Häuser, Kirchen und Schulen gänzlich ruiniert und durch den Brand vernichtet worden. In Maritsa wurden von 1200 Gebäuden nur 200 vom Erdbeben verschont, und diese wurden dann durch den Brand vernichtet. In Chora wurde das ganze Städtchen ruiniert, ausgenommen fünf Häuser. 50 Tote und über 200 Verwundete fielen dort dem Erdbeben zum Opfer. In Samos wurde von 800 Gebäuden nur ein kleiner Teil gerettet. Auch dort wurden von 500 Menschen verunndet und 50 getötet. In Patana sind alle Gebäude zerstört. In Rumbaghi sind viele Häuser eingestürzt, und in Iznik wurden alle Gebäude vom Erdbeben und dem Feuer zerstört. In Cregh ist der größte Teil von 4000 Gebäuden durch Brand und Erdbeben eingestürzt und zerstört worden. Viele Tote und Verwundete wurden unter den einfallenden Massen begraben. Das Dorf Abdin und ein anderes türkisches Dorf sollen gänzlich verunndet sein. In Rodosto wurden über 20 Gebäude zerstört.

Die Giftigkeit der türkischen Regierung.

Das Ministerium des Innern sandte fünf Dampfer mit Schwaben und Kameelen nach Galipoli, Scharbey und den Barbanelen. Zahlreiche Verwundete und Tote wurden nach Konstantinopel gebracht und in den Hospitälern verteilt. Gestern abend um 9 Uhr wurde in Konstantinopel wiederum ein letzter Stoß fühlbar. Die Reparatur des Finanzministeriums, das vom Erdbeben fast vollständig zerstört wurde, auf 1000 Pfund eingeschätzt. Ingenieure untersuchen gegenwärtig alle Staatsgebäude, deren Wiederherstellung ansehnliche Summen kosten wird. Das Turpobahnhofen wurde aus Galipoli zurück und fuhr wieder dorthin mit Kameelen und Maultieren an Bord. Zahlreiche Arbeiter aus den Unglücksstätten kehren von Konstantinopel in ihre Heimat zurück, um dort zu helfen.

Nach weiteren telegraphischen Nachrichten aus Konstantinopel wird die Gesamtzahl der Toten jetzt auf 1200 geschätzt. Der Schaden soll sich auf über fünf Millionen Mark belaufen. Die französische Besatzung in Konstantinopel erhielt gestern einen Bericht des Kommandanten aus Galipoli, der größten Stadt des betroffenen Gebietes, wonach die halbe Stadt einem Trümmerhaufen bilden soll.

Die Registrierung des Erdbebens in Potsdam.

Die in den letzten Tagen in der Elbette aufgetretenen Erdbeben sind vom Potsdamer geodätischen Institut als Zentralstelle für die internationale Erdmessung registriert worden. Das erste Beben gehört zu den größten katastrophalen Beben, die je auf der Potsdamer Erdbebenstation registriert worden konnten. Es nahm am Freitag mit dem ersten Vorläufer um 2 Uhr 38 Min. 30 Sek. seinen Anfang. Der zweite Vorläufer begann 2 Uhr 36 Min. Das Hauptbeben wurde 2 Uhr 35 Min. bezeichnet. Die Bodenbewegung war betart hart, daß sie selbst noch in Potsdam 15 Kilometer betrug. Das Beben dauerte drei Stunden. Der Fock war etwa 1800 Kilometer in südlicher Richtung entfernt. Die Erschütterung war betart heftig, daß der Schreibapparat des Seismographen abgeworfen wurde. Das Beben ist tektonischen Ursprungs. Dieser Erderschütterung, die den schwersten Erdbeben an die Seite zu stellen ist, folgte am Sonnabend 11 Uhr 57 Min. mittags ein zweites starkes Beben, das 12 Uhr 3 Min. sein Hauptbeben erreichte und eine Bodenbewegung von zwei Millimeter in Potsdam verursachte. Daran schloß sich 9 Uhr 7 Min. abends ein drittes Beben, das 9 Uhr 11 Min. den Höhepunkt erreicht hatte und als drittes Erdbeben, das ebenfalls wie die vorherigen, die europäische Zelle zum Fock hatte, wurde Sonntag früh 9 Uhr 38 Min. ein halbseitiges Beben bezeichnet.

Strassenbahnunfall.

Potsdam, 12. August. Als heute abend ein Straßenbahnmotorwagen mit einem Anhänger von Gericke kommend die Untere Gattroder Straße durchfuhr, veranlaßte angeblich infolge von Überfüllung des Wagens auf der abschüssigen Straße die Bremsen, so daß der Motorwagen gegen einen Baum rannte, wobei die vordere Plattform zertrümmert wurde. Die Fahrt des Zusammenstoßes war so groß, daß die Schienenföhlung aus dem Wagon sprang. Der Anhängerwagen rief sich los und fuhr in ein gegenüberliegendes Hagarengelände. Drei Personen wurden lebensgefährlich, sieben schwer und zehn leicht verletzt.

Mit Quantität vergiftet.

Wittenberg, 12. August. Der Berliner Kolonialist vergiftete sich in der vergangenen Nacht mit Hyankali. In großen früheren Verlusten trat am Sonnabend noch der Konturs der Rücklichter, bei dem Kolonialist große Summen verlor.

Todes und Selbstmord.

Frankfurt, 12. August. Die Wäster melden aus Unter-Niederhessen: Der 22-jährige Heinrich Schmausner erschog die von der Tanzmusik heimkehrende 19-jährige Käthe Heffner und dann sich selbst. Das Motiv ist wahrscheinlich auf Eifersucht des jungen Mannes zurückzuführen.

Abzug eines Volkstiers.

Wals (Ungarn), 12. August. Der Kolonialist Koch ist gestern mit einem Apparat aus einer Höhe von 20 Meter abgestürzt und hat schwere Verletzungen erlitten. Sein Zustand gibt zu besorgten Anlaß.

Bei einem Einbruch 2 Millionen Mark erbeutet.

Reusdorf, 12. August. Einbrecher haben in einer Wallkreidm in der vergangenen Woche den Betrag von 2 Millionen Mark erbeutet. Durch eine Hochleistungsmessung hatten sich die Diebe in einen Keller eingeschlichen, wo sie sich eine ganze Woche aufhielten. Eine große Anzahl laterer Konfektionsarbeiten gibt Zeugnis von ihrer Anwesenheit. In der Nacht arbeiteten sie an der Zerschneidung der barenliegenden Stoffe und am Tage verpackten sie die in die Taschen damit bis zum Morgen aus.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

am 12. August 1913 in Dresden.

Schlachtvieh-gattung und Auftrieb	Sortenklassen	Marktpreis für 50 kg Schlachtgewicht	W. W.
I. Rinder A. Ochsen 284	1. Vollfleischige, ausgewählte höchst. Schlachtwertes bis zu sechs Jahren	58-55	97-103
	2. Junge fleischige, nicht ausgewählte — ältere ausgewählte	46-50	87-95
	3. Mäßig genährte junge — gut genährte ältere	38-44	78-88
	4. Gering genährte jeden Alters	30-35	72-76
B. Küllen 218	1. Vollfleischige, ausgewähl. höchst. Schlachtwertes	54-56	94-99
	2. Vollfleischige jüngere	48-51	87-91
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	42-48	80-84
	4. Gering genährte	—	—
	5. Vollfleischige, ausgewählte Küllen höchsten Schlachtwertes bis zu sechs Jahren	67-69	86-89
C. Kalben u. Kühe 880	1. Vollfleischige, ausgewählte Küllen höchsten Schlachtwertes bis zu sechs Jahren	50-58	91-97
	2. Vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu sechs Jahren	67-69	86-89
	3. Weitere ausgewählte Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Küllen	61-65	80-84
	4. Gut genährte Kühe und mäßig genährte Küllen	54-58	74-77
	5. Mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Küllen	—	—
D. Ferkel 249	1. Doppelferkel	75-85	115-115
	2. Beste Ferkel- und Saugferkel	60-69	100-102
III. Schafe 1814	1. Mittlere Ferkel- u. gute Saugferkel	55-58	85-88
	2. Geringe Ferkel	50-58	90-92
	1. Ferkelstämme u. Jung- Ferkelstämme	47-50	95-100
	2. Weitere Ferkelstämme	48-44	88-92
IV. Schweine 1882	1. Vollfleischige der feineren Rassen und der Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahre	68-69	90-98
	2. Ferkelstämme	60-70	92-98
	3. Fleischige	65-67	87-88
	4. Gering entwickelte	60-64	88-88
	5. Säugen und Ferkel	60-64	88-88

Gesamtertrieb: 4238 Tiere. Marktpreis über Ferkel- u. Ferkelstämme: 12 Ochsen, Küllen, Küllen und Küllen langlaufend, bei den übrigen mittel. Von dem Auftrieb sind 12 Rinder, 10 Schweine, 7 Schafe, 22 Schweine.

Des Notierungsausschusses. 999. 999. 999. 999.

Verammlungen.

5. Kreis, Gruppe 3. Verammlung am 2. August. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht und Wahlen. 2. Verschiedenes. Als Schriftführer wurde Genosse Jacobi und Genosse Herbermann als Stellvertreter, sowie Genosse Köttinger als Allenführer gewählt. Genosse Zug gibt den Vorstandsbericht und macht bekannt, daß die Geschäftsführung der Gruppe dahin gerichtet ist, daß Zug den Arbeiterkreis weiter behält, er berichtet im Namen der Gruppenverwaltung, auch im neuen Geschäftsjahr für lebhaftest Agitation zur Gewinnung von neuen Mitgliedern, Betätigungskommunisten sowie Erwerbung des Bürgerrechts befaßt zu sein, und bittet alle Genossen und Genossinnen um rege Unterstützung. Unser neues Vorstandsmitglied Genosse Straube schließt sich dem an und berichtet, trotz der Schwierigkeit, die ihm bei der Wahl entgegensteht, seine ganze Kraft in den Dienst unserer guten Sache zu stellen. Dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß ein Antrag der Gruppe 2, den Arbeitervereinigern 2 Proz. Entschädigung zu gewähren nicht die Zustimmung des Vorstandes fand, und daß der diesjährige Frauenkongress 700 M. an Strafmandaten gekostet hat, davon fallen auf den 5. Kreis 272 M. Ferner teilt der Vorstand mit, daß Dr. Beschner sich in einem Schreiben an Genossen Dr. Grabnauer gewandt habe, um die Arbeiterkraft für den nächsten Märztag zu gewinnen. Genosse Renker betreibt hierauf auf die Strafmandate anlässlich des Frauenkongresses, wo Genossen und Genossinnen bestraft wurden, weil sie die Gleichberechtigung der Frauen durch Demonstration auf der Straße behaupteten, darum solle man diesen Leuten nicht nachsehen. Ferner solle man vom Staat, daß er zur Bekämpfung der Tuberkulose alle Schritte unternimmt. Derselben Ansicht ist Genosse Köttinger. Genosse Jacobi bittet ebenfalls alle Genossen und Genossinnen, dem Märztag ihre Zustimmung zu versagen, und ersucht den Vorstand, dahin zu wirken, daß an diesem Tage kein Verleumdungsartikel, kein Reklamier- oder sonstiger fahrender Parteigenosse sich an diesem Rummel beteilige und angepöbelt auf der Straße rumläuft. Jeder müßte es für eine Ehrenpflicht halten, an diesem Tage ohne Märztag auf der Straße zu laufen. Dem wurde einstimmig zugestimmt. Weiter ersucht der Vorstand, die Agitationen usw. recht sparsam mit dem Material umzugehen, und bittet auf die in nächster Zeit stattfindenden Unterredungen des Genossen Dr. Grabnauer. Der Gründung einer Zentralbibliothek sowie der erforderlichen 1000 M. Einzahlung hierzu, wird ohne Widerspruch zugestimmt. Als Delegierte zum Parteitag schlägt der Vorstand die Genossen Wag Richter und Moritz Richter vor. Genosse Renker meint, daß jede Gruppe Vorschlagrecht habe und schlägt Genossen Sindermann vor, was einstimmig Annahme fand. Ein Antrag des Genossen Renker, der Parteitag möge Stellung nehmen zu dem Votum unserer Statuten, bezüglich der Parteifrage, fand keine Annahme. Genosse Zug teilt mit, daß am 14. September ein Landabend in den Blumenfeldern stattfindet, und daß die V. D. R. eine Uchtersen nach

Hellerau veranstaltet. Als Kassierer für den 2. Bezirk wurde Genosse Zug und für den 14. Bezirk Genosse Jensch gewählt. Unter Vorsitz des Genossen Köttinger besaß, daß am 18. September in der Zentralhalle ein neuer Rufus der Arbeiterfamillienkongress stattfindet, und bittet alle diejenigen, die ihren Willemsen gerne Hilfe leisten, sich daran zu beteiligen. Für die Bezirksführer und deren Stellvertreter der Gruppe 3 findet am 16. August eine interne Sitzung statt. (Eing. 9./8.)

Buchhandlungsboten, Wartbeiser und Kolportiere. Sektionsversammlung am 3. August im Volksbause. Kollege P. sprach über die Taktik der Gewerkschaften bei Lohnbewegungen, worauf eine kurze Debatte folgte. Der Sektionsleiter berichtete über die Hans-ogitation, die den gegritten Erwartungen nicht entsprach. Bekanntlich er auf den Beschluß der Verbandsgeneralsversammlung hin, nach jeder Kollege verpflichtet ist, einen Betrag von 2 M. zum Hausaufwand in Berlin abzuführen und ersucht, dem Beschluß sobald als möglich nachzukommen. Kollege P. ersucht die Kollegen, auch die Generalsversammlungen etwas mehr als bisher zu besuchen. Weiter wurde angesetzt: Die Vorbereitungen sind in geeigneter Weise die gesamte organisierte Arbeiterkraft auf die schlechten Lohnverhältnisse der im Buchhandel Beschäftigten aufmerksam machen und Unterstützung erlangen. Ferner sollte man die besten dadurch erreichen, daß sie ihren Bedarf an literarischen Erzeugnissen nur durch solche Boteu bestellen lassen, die organisiert sind und sich durch eine Kontrollkarte des Transportarbeiterverbandes ausweisen können. Ein ganz besonderer Augenmerk soll auch auf die getrichtet werden, die mit Verleumdungsartikeln, wie Herberand, Neuss Blatt, usw. gehen. Diese Boteu sind ebenfalls Transportarbeiter, und nicht, wie vielfach angenommen wird, Verleumdungsagenten. Nur durch rege Unterstützung seitens der gesamten organisierten Arbeiter ist eine durchgreifende Verbesserung unserer Lage durchzuführen. Mit der Aufforderung, alles daran zu setzen, um die nachstehenden und zuzuführen, schloß der Sektionsleiter die Verammlung. (Eing. 9./8.)

Bezirk Schöneberg. Am 3. August fand im Rosafelder in Altenberg eine Mitgliederversammlung statt. Genosse Lucas berichtete über das verflozene Geschäftsjahr. Dieses Jahr stand im Zeichen des Kampfes, aber trotz aller Anstrengungen sind unsere Genossen von hier nicht ermüdet und haben das erstmal die Agitation in ihren Orten hier ohne selbst betriebene ohne Hilfe von Schöneberg. Mitglieder sowohl wie Abonnenten der Volkszeitung hatten wir 1909 hier noch gar keine. Jetzt haben wir 66 Abonnenten und 100 Mitglieder zu verzeichnen. Daraus fallen auf Altenberg 23, auf Gellings 15 und auf Hirschsprung 2 Mitglieder. Bei intensiver Agitation, damit die Mitglieder und Abonnenten nicht nur festüberzeugte Parteigenossen werden und auch bleiben, muß es auch im nächsten Geschäftsjahr vorwärtsgehen, wenn jeder Genosse seine Pflicht erfüllt. Zum wurde die Wahl der sechs Delegierten zum Parteitag vorgenommen. Darauf gab Genosse Lucas den Vorstands-

bericht, der ohne größere Debatte entgegengenommen wurde. Ins Vermerkensliste wurde der Genosse Jurt delegiert, in den Bezirksvorstand der Genosse Hefner gewählt. Weiter wünscht man auch eine Verankaltung der V. D. R. in Altenberg. Unter Vereinsangelegenheiten wurde die Lokalfrage angeschnitten. Man führte aus, daß wieder einmal von den wenigen Bürgerlichen hier am Orte unangelegentlich gearbeitet wird, um den Arbeitern ihre Vorteile abzutreiben. Diesmal mit Hilfe der Eisenbahnschüler. (Eing. 10./8.)

Verband der Holzschneidern. Die aufbesuchte Verammlung am 30. Juli im Danneffschhof nahm den Vortrag über die neuen Statuten und deren Handhabung beifällig entgegen. Der Bericht vom Nachbetrachtungswege löste eine ausgiebige und rege Debatte aus. Allgemein kam zum Ausdruck, daß der bezügliche Vektor des Nachbetrachtungsbeschlusses, der Paul Böhig, sich die Sympathie der Holzschneidern weit mehr verschafft als er verdienen darf. Der Vertreter im Nachbetrachtungsbeschlusse wurde beauftragt, dazu in den Ausschüßungen Stellung zu nehmen. (Eing. 12./8.)

Meppiges Haar

Ist das erste Erfordernis weiblicher Schönheit, in der Lösung der natürlichen Funktionen des Haars durch regelmäßige Waschung mit dem

„Shampoo mit dem schwarzen Kopf“

Besitzt wir das rationelle Mittel, die Leberprodukte der Kopfhaut, den Staub und die event. Krankheitserreger des Haars zu beseitigen und dadurch eine Kräftigung und Regenerierung des Haars zu ermöglichen. Das millionfach bewährte Haarfliegengittel „Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ macht das Haar schuppenfrei, glänzend und gibt auch künftigen Haarwuchs volles Aussehen. — Man vermischt das Shampoo mit dem schwarzen Kopf mit der entsprechenden Menge Wasser und wäscht das Haar damit. — Shampoo mit dem schwarzen Kopf ist in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerie-Geschäften erhältlich.

Haar Schwarzkopf, G. m. b. H., Berlin N 27.

E. PASCHKY

Heute wieder aus tiefstem Dampfverbacken eingetroffen und von ausgezeichneter blaufischer Qualität:

Seelachs, ohne Kopf 12 Pfund

Goldbarsch, ohne Kopf 12 Pfund

Schellfisch, „Helgol.“ 15 Pfund

Neue Vollheringe 10 Stück 60 Pf., 100 Stück 550 Pf., 10 Stück 70 Pf., 100 Stück 650 Pf.

Feinste große volle 3 Stück 25 Pf. **Für Wiederverkäufer**

Paf Selected Fulls 1/2 Kanne 43.50 M., 1/4 Kanne 22.75 M.

Shetl. Large Fulls 1/2 Kanne 50.00 M., 1/4 Kanne 26.00 M.

Feinste russ. Kronsardinen 1/2 Pfund 20 Pf., 5 Dosen a 155 Pf.

Neue Gewürzheringe 2 Stück 12 Pf., 5 Dosen a 165 Pf.

Neue Rollheringe 4 Stück 15 Pf., 5 Dosen a 175 Pf.

Neue grünenlose Delikatessheringe 2 Stück 18 Pf., 5 Dosen a 190 Pf.

Versand prompt gegen Nachnahme.

Wir empfehlen im Preise der Besetzt in guter Ausgabe:

Die berühmten Romane von Apton Sinclair.

Der Sumpf. (Roman aus Chicago) 1.25

Metropolis. (Ein Weltstadt-Roman) 1.25

In zehn Jahren 1.00

Der Industriebaron. 75 Pf.

(Geschichte eines amerikanischen Millionärs)

Volksbuchhandlung, Große Zwingerstraße 14.

Tharandt und Umg.

Beschreibungen auf die Dresden'se Volkszeitung, sämtliche Vertikaltatzen, Inseraten- und Druckaufträge nimmt jederzeit entgegen.

Paul Fiedler, Poststraße 15a.

Nur Große Brüdergasse 11, 2.

Eingang Quergasse, verl. Saunen billig herrschaftl. getr. H.-u. D.-Kleider, Schuhe, Wäsche, Betten, Bürsten- und Innen-Anzüge. Gewähre 10 Proz. Rabatt. Sonnabends geschlossen.

Erfinder Käufer

Wenden sich an den hiesigen Fabrikanten HOLSCHMANN, Dresden, Weizenhauser 32 Ankerstraße. Lang. Erdgas, Dresden. Gratz: Hermann u. Angew. v. Firmen die er.

Gür leidende Frauen!

Empfehle im größter Kundennut zu passende Verfüßbandagen, Leibbinden, Irrigatoren, Spüllapparate, Spritzen und alle hygienischen Gummiprodukte. Distret, kein Baden. Frau J. Gabriel, Bergstraße 10. 1.

Gold gefunden

wer bei mir kauft wenig getragene, zum Teil auf Gelde gearbeitete Anzüge und Paletots, die neu bis 100 M. gekostet haben, für 8.—, 12.—, 16.—, 20.— M. Grad- und Gebrod-Knäuge auch lehrweise. S. Falk Dresden, Gr. Brüdergasse 11, II. Besuchen die Nr. 11 beachten!

Möbel Grant aus Hartungen empf. solid und preiswert J. Kother, Wagnitz 4.

12 Kabinett-Photographien von 3 M. an leicht Photograph **Rich. Jähig** Marienstraße Nr. 12 im Hause von Weigel & Jech.

Mutterspritzen

Hygien. Fräsenartikel **Frau Heusinger** 30 M. am See 37 3/4. Jede Pilsbühnenwider Vieh.

Kokes-Flecken Selbmanns Filialen

Lehrmeister, get. Appg. Her laut Gebier, Drahgasse 5, 1.

Schüren-Neuheiten, Mädchen-Turnhosen, Herren- und Damenwäsche billigt Paul Fiedler, Poststraße 15a.

Sofabezüge + Portieren

Tisch-, Sofa-, Titan-, Schlaf- und Wattededen zu sportbilligen Preisen bei **Kupfermann** Pillnitzer Straße 14, I. Etage.

Schul-Stiefel **Kinder-Stiefel** **Tanz-Schuhe** **Haus-Schuhe** extra billige Preise

Herren-Stiefel **Damen-Stiefel** **Strapazier-Stiefel** **u. Sonntags-Stiefel** mit und ohne Lackkappe zum Einheits-Preis pro Paar

675 Box-, Chev. u. Lack-Leder

Schuh-Haus „Modern“ Dresden, Wilsdruffer Strasse 30 Amalienstrasse 21.

Nur Galeriestr. 11

Bei D. Langer bei Käse des Rittmeisters zu kaufen Sie Ihre Kleider von Gattungsstoffen billig getr. billige Paletots u. M. 8.—, 12.—, 16.—, 20.— M. Kinder-Anzüge aus gutem Stoff u. M. 2.50, Kleider u. M. 3.—, 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.—, 9.—, 10.—, 11.—, 12.—, 13.—, 14.—, 15.—, 16.—, 17.—, 18.—, 19.—, 20.— M. neue Kleider, o. gut. Stoff u. M. 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—, 40.—, 45.—, 50.—, 55.—, 60.—, 65.—, 70.—, 75.—, 80.—, 85.—, 90.—, 95.—, 100.— M. Rederbetten u. M. 10.—, 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—, 40.—, 45.—, 50.—, 55.—, 60.—, 65.—, 70.—, 75.—, 80.—, 85.—, 90.—, 95.—, 100.— M. auch zu verleben. Kundliche Kunden Bekleidungs-Größe Auswahl in getr. Möbeln H.-Rad m. Freill. u. neu, 25 M. u. verl. Oppelstr. 19, 1.

Sofabezüge + Portieren

Tisch-, Sofa-, Titan-, Schlaf- und Wattededen zu sportbilligen Preisen bei **Kupfermann** Pillnitzer Straße 14, I. Etage.

Erstkl. Panzer- und Engela Exzeels-Räder Zubehör u. Reparatur. **Engel, Dr.-Granz, Postgasse 20**

Warnung! Das von mir über die Firma Alfred Wäfler verbreitete Gerücht nehme ich hiermit als unmaßgeblich zurück und warne jedermann, dasselbe weiter zu verbreiten. Selma Jungmann, Göttinger Str. 1, 2.

10 M. Belohnung wer mit den Täter ermittelt, der den Anteil an meinen Rollen, Bettencover, etc. Bettencover, etc. geliefert hat. Goldwargengeschäft Weillner Platz 8.

Deutscher Holzarbeiterverband. **Nachruf.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege **Otto Täubrich** Schiffsbauer verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Verwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Frau **Marie Geyer** gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 2 Uhr auf dem St. Pauli-Friedhof statt. Die Ortsverwaltung.

Zurückgelehrt vom Grabe meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, der Frau **Anna Schmidt geb. Böhme** sagen wir hiermit allen für die vergl. Teilnahme unseren aufrichtigsten Dank. Insbesondere Dank den Kollegen und Kolleginnen der Firma Paul Böhig und den beiden Witbewohnern. Du aber, liebe Mutter, die du so früh von uns gingst, ruhe sanft im tiefen Grabe. — **Widit sei dir die Erde!** Dresden, Müllergasse 11. **August Schmidt** nebst Kindern und Verwandten.

Dauer-Wäsche enorm billig. **R. Freisleben** Postplatz. Man achte auf Firma.

Tüchtige Kessel-Schmiede sucht **König-Friedrich-August-Hütte, Patschappel** bei Dresden.

Deutscher Holzarbeiterverband. **Nachruf.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege **Otto Täubrich** Schiffsbauer verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Verwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Frau **Marie Geyer** gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 2 Uhr auf dem St. Pauli-Friedhof statt. Die Ortsverwaltung.

Zurückgelehrt vom Grabe meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, der Frau **Anna Schmidt geb. Böhme** sagen wir hiermit allen für die vergl. Teilnahme unseren aufrichtigsten Dank. Insbesondere Dank den Kollegen und Kolleginnen der Firma Paul Böhig und den beiden Witbewohnern. Du aber, liebe Mutter, die du so früh von uns gingst, ruhe sanft im tiefen Grabe. — **Widit sei dir die Erde!** Dresden, Müllergasse 11. **August Schmidt** nebst Kindern und Verwandten.

...wird ... in ...

Herr Wilkens wandte sich um und tappte seinen Weg nach der Tür. ...

Obgleich von Natur gefällig und stets freigebig mit seinem Geld, sah er heute allein bei seinem Betrand, still in seinem Kammern vor sich hin ...

„Ich hoffe, du hast niemand verloren, Peter,“ meinte ein verdorrter Krager ...

„Was gefunden?“ fragte Herr Wilkens ...

Herr Wilkens lachte verächtlich und versuchte ein lächelndes Gesicht zu machen ...

„Sie haben genug gehört, Herr Wilkens,“ antwortete ihm dieser Herr ...

„Nehmen Sie mal —,“ bemerkte Herr Wilkens mit Hochmuth ...

Herr Wilkens schüttelte die Hand ab und sah den Aufgeber ...

Der kalte Wind, der von der See her blies, demirrte die Gedanken des Stewards ...

„Nur Herr Wilkens,“ sagte eine Stimme ...

Der Steward blinnte auf die Stimme ...

„Ja,“ meinte Herr ...

„Reihen Sie sich zusammen,“ sagte er ernst ...

„Wollen Sie sich aufricht halten oder nicht?“ fragte Herr ...

„Ich hab' ihn nach Haus gebracht,“ sagte er und schaute ...

„Nach Hause gebracht?“ fragte die bestürzte Frau ...

„So ist er den ganzen Weg gewesen,“ sagte Herr ...

„Stimmen Sie ganz ...“ erklärte der erblindete Herr ...

„Es ist sehr sehr ...“ sprach die Witwe ...

„Sie haben den Stuhl ...“

Die internationale Ausstellung für Kunstunterricht ...

Die Ausstellung, die im Hinblick an den ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...

...wird ... in ...